

erschient täglich außer Montags. Preis vierteljährlich 3,00 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neues Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 2,40 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. Sonntags-Beilage in der Post-Zeitungs-Veranstaltung für 1892 unter Nr. 6022.

Injektions-Gebühr beträgt für die Injektionspolsterung des Halses oder des Halses 40 Pf., für Verin- und Verunreinigung-Ansprüche 20 Pf. Injektion für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Bernstr. 19, Postfach 4196.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 30. November 1892.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Der betrunkene Helot und seine Rüstungen.

Die Schweiz muß man gewähren lassen, sie ist der betrunkene Helot unter den Völkern und giebt ihnen ein warnendes Beispiel vor der Anarchie. Also sprach der Herr, Väterchen Nikolaus, seinerzeit der Chef der Despotie und der allgemeinen Reaktion. Er war überhaupt so ein Spasvogel und liebte es sehr, seine despotische Weisheit in kurzen und ironischen Sätzen auszudrücken. Man kann sich aber keine größere Ironie denken, als diese seine Aeußerung über die Schweiz: die Geschichte, der natürliche Verlauf der Dinge hat sie dazu gemacht.

Wenn irgendwo unter der Herrschaft des kapitalistischen Regiments eine einigermaßen erträgliche, menschenwürdige Existenz überhaupt möglich ist, so ist es doch nur in diesem Lande, dem Lande der internationalen Kongresse, wo Recht, Freiheit und Demokratie am wenigsten leere Begriffe sind, wo alle unschuldig Verfolgten ihr Asyl finden, wo der gebildete Russe erst recht wie zu Hause ist (in seiner Heimath und bei uns z. B. ist er es bei weitem nicht). Und Rußland... Braucht es noch näher bestimmt zu werden? Es genügt schon es nur zu nennen: für Erwachsene dasselbe, was für Kinder der russische Väter, ein wahrer betrunkenen Helot, aber vor was warnt er? Doch nur vor einem Väterchen mit seinen Helfershelfern. Und nur noch eine Frage der Zeit ist es, da der betrunkene Helot ganz zusammenstürzen muß, denn was ihn ihut er schon lange und das Gleub, hervorgerufen durch eine Lotteriewirtschaft sondergleichen, hat schon zu weit um sich gegriffen. Da veröffentlichte unlängst der berühmte russische Dichter und Philosoph, Leo Tolstoi, seinen Nothstandsbericht, seinen, denn in Rußland ist der Nothstand permanent und über ihn darf und kann nicht berichtet werden (die russische Statistikmache ist allgemein bekannt). Es ist uns ganz gleichgültig, ob Tolstoi einige Hundert Rubel mehr oder weniger herausgerechnet hat, aber mit jener genialen Einfachheit, die ihm so eigen ist, schildert er die Lage der Unglücklichen, unter denen er gewirkt hat, und das Lesen dieser Zeilen dürfte auf den durch Noth und Sorge abgestumpften Proletariat einen wahrhaft erschütternden Eindruck machen. Auf ihn und die Seinigen, erzählt Tolstoi, habe die Misere ganz abtumpfend gewirkt.

Wenn jemand von den Städtern im Winter bei starkem Frost in die Bauernhütte käme, die Tags vorher ein wenig geheizt worden ist, und die Bewohner der Hütte sähe, wie sie nicht von dem Ofen, sondern aus dem Ofen kriechen, in welchem sie abwechselnd den Tag verbringen, da dies die einzige Möglichkeit ist, sich zu erwärmen, wenn sie sähen, daß die Leute die Bretter vom Dach reißen, um

*) Die Spartaner pflanzten oft ihre Sklaven, die Heloten, betrunken zu machen, um der heranwachsenden Generation ein warnendes Beispiel der Völlerei zu geben.

den Ofen zu heizen, oder sich von einem Brote nähren, gebadet zu gleichen Theilen aus Mehl und aus schlechtestem Kleie, oder, daß erwachsene Leute in Streit darüber gerathen, daß der abgeschlittene Theil (Brot) weniger als 1/2 Pfund wiegt, wie es nach Uebereinkunft bestimmt ist; oder, daß die Bauern ihre Hütte nicht verlassen, weil sie weder Kleider noch Stiefel haben, so würden sie über das Gesehene die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. Für uns hingegen ist dies etwas ganz Alltägliches. Wir sind abgestumpft, wir sehen nichts mehr... Wenn man sie vom Morgen bis zum Abend vor dem Fenster oder vor der Thür stehen sieht und keinen Schritt auf die Straße machen kann, ohne immer dieselben Worte zu hören: „Zwei Tage haben wir nichts gegessen. Was sollen wir thun? Das letzte Ende ist da! Wir müssen sterben!“ so ist man (so sehr man sich auch schämt, es einzusehen) dessen so überdrüssig, daß man auf sie wie auf persönliche Feinde hinstarrt.

Das sind Bilder aus dem Leben. In diesem Lande also muß der Arbeiter, der Bauer nach einer Misere, welche bei uns noch mehr, als eine „im Allgemeinen geeignete“ wäre, an Hungertypus sterben und vor Kälte erfrieren! Warum zeigt nicht die Reptilienpresse dem deutschen Volke diese Leistungen des betrunkenen Heloten, unseres „hochbegabten und friedlichen“ Bei freunden im Norden? Man betont nur das Tüpfelchen über dem i, die russischen Rüstungen. Der deutsche Michel soll sich mit „Väterchen“ in den Rüstungen rüsten, er soll für den Militarismus sein Leben hergeben, wie es aus dem russischen Bauer ausspricht wird, denn, was in dem Berichte von Tolstoi nicht steht, aber allgemein bekannt ist, der hungernde und frierende Bauer besitzt doch noch ein Schaf, ein ausgehungertes Pferd, eine zerfallene Hütte, man kann alles gebrauchen; es wird einfach durch den Gerichtsvollzieher verkauft, und die Steuern werden regelmäßig erhoben, von den unerhörten indirekten Steuern, mit denen alles mögliche und unmögliche schon belegt ist, gar zu schreien. Und genügen die Steuern nicht, werden neue Papierchen gedruckt und genügt das nicht, — nun, dazu sind ja „Väterchen“ Schnorrer immer an der Geldsack. Ernte oder Misere, Cholera oder Hungertypus, wer kann sich denn je der Zeit erinnern, da „Väterchen“ nicht pumpt oder zu pumpen versuchte? —

Seifenblasen sind es! Nicht das, was im Haushaltetat steht, giebt Rußland für sein Heer aus, — mehr, viel mehr. Ein Haushaltetat in Rußland! Wer hat ihn gewährt? Wer hat seine Größe bestimmt? Väterchen steht ja jede Handhabe zur Verfügung, ihn zu verdoppeln, verdreifachen, wenn es nöthig ist, aber wo kommen all die ungeheueren Summen hin? Ueberall hin, nur nicht, wohin sie kommen sollen. „Fünf Jahre lang“, erzählt uns ein Freund, „stand ich der Verpflegung einer ganzen Division Soldaten (1/4 Korps), im Süden Rußlands, nahe. Wollte ich alle

zurechen, ohne sich viel um das zu kümmern, was er sagte, und sie wechselten all die herkömmlichen Redensarten, die zwischen Leuten, die sich noch nicht genauer kennen, ausgetauscht werden. Er hatte sich jetzt in die Situation gefunden, und sie kam ihm sehr lustig vor. Er betrachtete das ernste, würdige Gesicht des Herrn von Marelle und mußte sich auf die Lippen beißen, um nicht bei dem Gedanken laut aufzulachen: „Ich betrüg Dich, Alterchen, ich betrüg Dich.“ Er empfand eine geheime, lasterbaste Befriedigung, eine diebische Freude darüber. So freut sich der Schurke, dem sein Schelmensreich gelungen, ohne daß er in Verdacht kommt. Er hatte plötzlich Lust der Freund dieses Mannes zu werden, sein Vertrauen zu gewinnen und ihn zu veranlassen, ihm die Geheimnisse seines Lebens zu erzählen.

Frau von Marelle trat unerwartet in's Zimmer, und ein lächelnder, unerforschlicher Blick streifte sie beide. Sie begrüßte Duroy, der ihr in Gegenwart ihres Gatten nicht die Hand zu küssen wagte.

Sie war so ruhig und heiter wie eine Person, die an alles gewöhnt ist. Sie betrog so selbstverständlich darauf los, daß sie dieses Zusammentreffen ihres Liebhabers und ihres Mannes gar nicht sonderbar, sondern ganz natürlich fand.

Auch Laurine fand sich ein und bot nicht so wild wie sonst Georges ihre Stier zum Kuß: die Gegenwart ihres Vaters schüchterte sie ein.

Ihre Mutter sagte zu ihr: „Nun? Du nennst ihn ja heute nicht Bel-Ami?“ Und das Kind erwiderte, als sei eben ein unbedachtes Wort gefallen, als sei eine Sache erwähnt, die nicht berührt werden dürfe, und ein vertrautes, vielleicht sündliches Geheimniß seines Herzens damit verrathen.

meine Wahrnehmungen niederschreiben und veröffentlichen, man würde mir nicht glauben, denn gar zu oft glaubte ich meinen eigenen Augen und Ohren nicht, was sie gesehen und gehört haben; nur das eine kann ich sagen: die ganzen fünf Jahre hindurch, tagtäglich, schien es mir, als ob ich mich nicht unter Staatsbeamten, hohen Militären und reichen Unternehmern, sondern als ob ich mich in einer Räuberbande oder besser, unter kleinen Dieben, die mehr aus Liebe zur Kunst als aus Noth stehlen, befände. Generale, Regiments-, Bataillons- und Kompagnie-Kommandeure, Ober- und Unter-Beobachtungschiffs (Unternehmer, Lieferanten), besonders die letzteren, die sich scharenweise um jedes Regiment anhäufen, ihre Vertrauenspersonen und sonstigen Angestellten, alles stahl mit feberhafter Wuth, alles bestahl die Kasna (Staatskasse) im allgemeinen und einander insbesondere, und wehe dem, der nicht stehlen wollte. Jeder mußte, wenn er nicht seine Vorgänger, seine Nachfolger, seine Kollegen und tausende von Schmarozhern in verschiedenen Zivil- und Militär-Anstalten mit denen er mittel- oder unmittelbar in Berührung kommt, uns Brot oder nach Sibirien bringen will, und die werden schon dafür sorgen, daß er es nicht wolle. Ja, Viele, zur Ehre oder zur Schande der Menschheit sei es gesagt, sehr Viele stehlen aus Kollegialität... Sind die Gelder für Bauten, Kasernen, Festungen und ähnliche seltene und große Unternehmungen bestimmt, so kommen sie schon nach der Provinz mit ganz deutlichen Spuren von „höchsten und maßgebenden“ Fingern, sind sie aber direkt fürs Heerwesen bestimmt, so läßt das „Heruntlasten“ erst in der Intendantur an, um beim Capitänismus (erstem Patroffizier) anzuführen. Und die Folgen davon — es giebt in Rußland keine andere Bezeichnung für schlechtes Brot, verdoobenes Wasser, kleine Portionen stinkendes Fleisch, als: Soldaten-Brot, Soldaten-Schichti (saure Suppe), Soldaten-Nationen.“ Und die Folgen dieser Wirtschaft hat man im russisch-türkischen Kriege von 1877—78 gesehen.

Das ungeheure Verbrechen blieb ungeahnt, und der russische Staatsmechanismus, die Dieberei par excellence, blüht ungehindert immer weiter fort. Das ist der betrunkene Helot. Armer Papa Nikolaus!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. November.

Der Ingrimm der kapitalistischen Parteien über den Verlauf des sozialdemokratischen Parteitages ist der beste Beweis dafür, daß der Verlauf ein uns günstiger. Unseren Feinden gefällt selbstverständlich an unserer Bewegung nichts, und wenn sie einmal Zufriedenheit empfinden, dann könnten wir mit Sicherheit den Schluß

Als die Forestier's erschienen, erschrak man über den Zustand, in dem sich Charles befand. Er war in einer Woche zu einem blassen Skelett abgemagert und hustete unaufhörlich. Er theilte übrigens mit, daß sie sich auf dringenden Rath des Arztes nächsten Donnerstag nach Cannes begeben würden.

Sie gingen zeitig nach Hause und Duroy sagte Kopfschüttelnd:

„Es steht, glaub' ich, recht schlecht mit ihm. Er wird nicht alt werden.“

Frau von Marelle erwiderte gelassen: „O, er ist nicht mehr zu retten. Und so einer hat das Glück, solch' eine Frau zu bekommen.“

„Sie hilft ihm wohl sehr,“ fragte Duroy.

„Das heißt, sie macht alles. Sie ist mit allem vertraut, und kennt alle Persönlichkeiten, obwohl sie anscheinend Niemanden empfängt; sie erreicht alles, was sie will, wie sie will und wann sie will. O, sie ist klüger, gewandter und intriganter als jede andere Frau. Für einen Mann, der vorwärts kommen will, ist sie ein wahrer Schatz.“

Georges fragte: „Sie wird dann gewiß sehr bald wieder heirathen?“

„Ja,“ erwiderte Frau von Marelle. „Ich wäre nicht einmal erstaunt, wenn sie bereits einen ins Auge gefaßt hätte... einen Abgeordneten... obwohl er... obwohl er nicht recht will... denn es sind da... gewisse... sind da vielleicht gewisse moralische Bedenken... oder so etwas. Nun, ich will nichts gesagt haben. Ich weiß ja auch nicht genau...“

Herr von Marelle brummte mit leiser Mißbilligung: „Ich weiß nicht, liebes Kind, Du spielst da auf Dinge an, von denen ich nicht gern höre. Schmezzeln wir uns doch

Feuilleton.

Wiederholungen.)

26

Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

Bis zum Montag dachte Duroy nicht sehr an diese Begegnung; als er aber die Treppe zu Frau von Marelle hinaufstieg, war ihm doch sonderbar zu Muthe. Nicht, daß es ihm peinlich gewesen wäre, die Hand des Gatten zu drücken, seinen Wein zu trinken und sein Brot zu essen, nein, aber er fühlte eine unbestimmte Angst.

Er wurde in den Salon geführt und wartete dort, wie sonst immer. Dann öffnete sich die Zimmerthür, und er erblickte einen großen, weißbärtigen, würdigen, ordnungsgemäßen, korrekten Mann, der sich ihm mit ausgesuchter Höflichkeit näherte: „Meine Frau hat mir viel von Ihnen erzählt, Herr Duroy, und ich bin erfreut, Ihre Bekanntschaft zu machen.“

Duroy suchte seinem Gesicht den Ausdruck besonderer Herzlichkeit zu geben und schüttelte mit übertriebenem Druck die Hand seines Wirthes. Dann setzte er sich und mußte nicht, was er sagen sollte.

Herr von Marelle legte ein Scheit in den Kamin und fragte:

„Sind Sie schon lange Journalist?“

„Erst seit einigen Monaten“, erwiderte Duroy.

„Dann sind Sie ja sehr rasch vorwärts gekommen.“

„O ja, es geht“; und nun begann er darauf los.

sehen, daß es, nach dem Urtheil der Feinde, mit unserer Bewegung schlecht steht.

Der Horn der Feinde ist ein unfehlbarer Gradmesser für den Stand unserer Sache — je größer der Horn desto besser der Stand. Und nach keinem Kongreß hat der Horn sich so ingrämig und giftig geäußert, wie nach diesem. Der Grund liegt darin, daß die Herren Bourgeois sich wirklich in den Glauben an eine nicht mehr zu vermeidende „Spaltung“ hineingelogen hatten. Der „Fall Schumacher“, der „Fall Bollmar“ und wer weiß was sonst noch hatten es unseren Feinden angethan, die, Andere nach sich selbst beurtheilend, von einem Sieg der Sache über Personenfragen keinen Begriff haben. Die grausame Enttäuschung kommt recht spähhaft in dem kindischen Vorwurf zum Ausdruck, die Sozialdemokratie sei eine Spießbürgerpartei geworden. Natürlich — wir haben den Herren nicht den Gefallen gethan, uns zu zerfleischen und zum Bauwau zu machen. Mit dem boshaften Bemühen, den Gehalt der Redakteure, namentlich Liebknecht's, als Verletzung des sozialdemokratischen Gleichheitsprinzips hinzustellen — als ob es sozialdemokratisch wäre, das Einkommen Aller auf das niedrigste Niveau, also etwa 4—5 Mark die Woche (wie in Schlessen) herabzusetzen — mit diesem Bestreben, die Genossen gegen die „Führer“ aufzuheben, ging Hand in Hand der gleichwertige Versuch, unsere Genossen durch die Nachricht zu verwirren, die Sozialdemokraten des Auslandes seien entrüstet über den Kongreß-Beschluß betreffend den 1. Mai, und in Paris habe die Entrüstung sich in einer Volksversammlung sehr scharf geäußert. Wir konnten das Märchen von dieser Entrüstungs-Versammlung sofort als läge kennzeichnen und mittheilen, daß unsere französischen Genossen in Marseille schon von der Wahrscheinlichkeit des Beschlusses unterrichtet worden waren und denselben gebilligt hatten.

Jetzt erfahren wir aus der letzten Nummer des „Socialiste“, daß auch die ehemaligen Blanquisten unseren Beschluß, obgleich sie die Arbeitseier am 1. Mai gewünscht hätten, keineswegs bemängeln, sondern im Gegentheil ihre hohe Zufriedenheit aussprechen, daß die deutsche Partei, trotz der Schwierigkeiten der Lage, soloyal an dem Schiffsler Beschluß festgehalten hat. Der „Parti ouvrier“ ist überhaupt von dem Kongreß sehr befriedigt und brandmarkt nach Gebühr die Verlogenheit der französischen Bourgeoispresse, die, nach dem Muster der deutschen, das blödsinnige Märchen verbreitet hatte, wir hätten die sozialdemokratischen Grundzüge abgeschüttelt und den „internationalen Bundesvertrag“ schändlich gebrochen.

Auch die übrigen Fraktionen der französischen Sozialdemokratie sprechen dem Kongreß ihre vollste Anerkennung aus.

Und nun mögen die Skribenten der Kapitalistenklasse sich auf andere Lügen begeben. Zufrieden mit uns sollen sie nie sein — dafür werden wir sorgen.

Die Veranhang der Militärvorlage beginnt am Mittwoch. Bei der Ablehnung der Vorlage wird der Reichstag aufgelöst und das Volk steht unmittelbar vor der Verantwortung der Frage, ob es eine Mehrbelastung dulden wolle. Wie bedenklich aber für die Regierung die Neuwahlen ausfallen würden, das erkennt selbst die „Post“. Sie schreibt:

Sollten gleichwohl in den leitenden Kreisen noch Zweifel darüber bestehen, daß eine Reichstags-Auflösung statt zu einer der Vorlage günstigen Zusammenfassung des Reichstages zu einer ungleich ungünstigeren führen würde, so wird eine Erkundigung bei den eben aus ihren Wahlkreisen zurückgekehrten Reichstagsabgeordneten aller Richtungen jeden Zweifel leicht glücklich beseitigen.

Das Zentrum allein hätte der Militärvorlage zum Siege verhelfen können, aber zu deutlich hat sich unter seinen Wählern die Opposition gegen die Militärvorlage ausgesprochen, als daß die Reichstagsfraktion ihr trohen könnte.

Wir sehen einer Auflösung des Reichstags mit frohem Muthe entgegen. Die erste fünfjährige Wahlperiode hätte damit gleich Fiasco gemacht und wir ständen wieder wie früher nach einer dreijährigen Periode vor den Neuwahlen.

nicht um andere. Wenn nur unser Gewissen rein ist, kommen wir damit schon aus. Das müßte sich jeder zur Regel machen.

Duroy empfahl sich. Sein Herz pochte ungestüm, und wirre Gedanken kreuzten sich in seinem Kopfe.

Am nächsten Tage besuchte er Forestier's und traf sie beim Kofferpacken. Charles lag auf dem Sopha und sagte mühsam athmend: „Ich hätte schon vor einem Monat reisen sollen.“ Dann gab er Duroy hundertertelei Aufträge für die Zeitung, obwohl schon alles mit Herrn Walter besprochen und geregelt war.

Georges nahm Abschied und drückte seinem Freunde kräftig die Hand: „Auf baldiges Wiedersehen, alter Junge!“

Zu Frau Forestier aber, die ihn bis zur Thür begleitete, sagte er lebhaft: „Sie haben doch unseren Pakt nicht vergessen? Wir bleiben Freunde und Verbündete, nicht wahr? Wenn Sie mich also brauchen, worin es auch sei, so zögern Sie nicht, mich herbeizurufen. Depesche oder Brief: ich komme!“

„Ich danke“, flüsterte sie, „ich werde nicht vergessen.“ Und auch ihr Auge sagte „danke“ und dieses „danke“ war noch wärmer und herzlicher.

Als Duroy die Treppe hinabstieg, begegnete er dem Herrn, den er schon einmal bei ihr getroffen, dem Grafen von Laubree, der langsam die Stufen hinaufstieg. Der Graf schien traurig zu sein — wohl der Abreise wegen? Der Journalist wollte höflich sein und grüßte ihn sehr tief.

Der Graf dankte artig, aber doch ein wenig stolz. Am Donnerstag Abend reiste die Familie Forestier ab.

VII.

In der Redaktion der „Die Francaise“ verließ die Abwesenheit Forestier's Duroy ein größeres Wichtigkeit. Er schrieb einige größere selbständige Artikel und zeichnete auch kurze Notizen mit seinem Namen, denn der Herausgeber wollte, daß jeder Redakteur die Verantwortlichkeit für seine Mittheilungen übernehme. Er geriet in einige Polemiken und ihte sich geschickt herauszuwinden; und seine beständigen Beziehungen zu Politikern bildeten ihn allmählig zu

Dem Reichstage ist eine von der Neu-Guinea-Kompagnie auf Veranlassung des Reichskanzlers eingereichte Denkschrift über die Beschaffenheit und Entwicklung ihres Schutzgebiets zugegangen.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist ein Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Stolgebühren in der Provinz Hannover, zugegangen.

Zwischen Bismarck und der Wahrheit ist das Tischbuch vollständig zerschuttet. In den „Hamburger Nachrichten“ schreibt er:

„Auf dem sozialdemokratischen Parteitage hat „Genosse“ Liebknecht u. a. in Bezug auf den Fürsten Bismarck geäußert: „Es ist nicht gelungen, den Sozialismus vor den Wagen des militärischen Junterthums zu spalten. Bismarck hatte alles versucht, uns zu gewinnen. Marx sollte an die Spitze des Staatskanz.“ treten, ich an der „Nordd. Allgem.“ bleiben. Ich sollte alles Mögliche schreiben, sogar für Anarchismus. Das Bürgerthum sollte zwischen den Wogen des Despotismus und des Proletariats gerrieben werden. Daraus sollte das absolute Regiment entstehen.“ Die Erklärung ist von verblüffender Dreistigkeit und verdient die Heterkeit, mit der sie überall aufgenommen worden ist. Herr Liebknecht ist Sozialdemokrat und braucht es als solcher mit dem Zeugnis nicht so genau zu nehmen; er sollte aber doch seiner Phantasie auf der Rednertribüne nicht gar zu weit die Zügel schießen lassen. Derartige persönliche Beziehungen zum Fürsten Bismarck, wie er sie singirt, haben weder ihm noch Marx gegenüber jemals bestanden.“

Wir begnügen uns damit, hier einfach die Abfertigung abzufragen, welche die „Bosliche Zeitung“ dieser Unverschämtheit ertheilt. Sie schreibt:

„Ob Herr Liebknecht gesagt hat, Marx sollte an die Spitze des „Staats-Anzeigers“ treten, wissen wir nicht. Das aber wissen wir, daß die „Hamburger Nachrichten“ auf solchem Wege sind, wenn sie einfach thun, als sei an den Mittheilungen des Herrn Liebknecht nicht ein wahres Wort. Die Beziehungen der Herren Marx und Liebknecht zu dem Fürsten Bismarck oder dessen Helfershelfern sind längst urkundlich festgestellt. Vor Jahren hat darüber eine öffentliche Probehand zwischen Bucher und Marx stattgefunden, aus der hervorging, daß Bucher allerdings im Auftrage des Ministerpräsidenten dem geistigen Oberhaupt der Sozialdemokratie die wohlbezahlte Mitarbeiterchaft am „Staats-Anzeiger“ angetragen hatte. Ebenso ist auf demselben Wege festgestellt worden, daß, als die von dem „Roth-Härdter“ Wraß begründete „Nordd. Allg. Ztg.“ offizielles Organ des Herrn von Bismarck wurde, Herrn Liebknecht, der bis dahin der Redaktion jenes Blattes angehörte, freigegeben wurde, noch immer täglich einige Spalten mit Betrachtungen über Sozialismus und Kommunismus ganz nach Belieben zu füllen. Herr Liebknecht lehnte diesen Antrag ab. Die Beziehungen des Fürsten Bismarck zu der Sozialdemokratie sind mit den Anerbietungen an Marx und Liebknecht aber nicht weniger als erschöpft. Hier kommen auch die Namen Hermann Wagener, Eugen Dühring, J. S. v. Schmelzer und manche andere in Betracht. Und es wird einst dem unbefangenen Geschichtsschreiber nicht schwer werden, nachzuweisen, daß Herr Bismarck nicht nur theoretisch den ignominischen Satz billigte: „Man muß die Kanäle gegen die Natur aufspielen.“ sondern ihn auch praktisch zu befrichtigen suchte. Er glaubte die Geister rasen zu können und erfuhr dann das Schicksal des Goetheschen „Fauberechters.“

Die Stichwahl im Wahlkreis Friedeberg-Arnswalde ist auf Montag, 5. Dezember, festgesetzt.

Bei der Reichstags-Erfahrungswahl, die gestern, Dienstag, in Bonn-Rheinbach für den Ober-Landesgerichtsrath beförderten Zentrums-Abgeordneten Spahn stattfand, ist dieser mit großer Majorität wiedergewählt worden.

Die Reichstags-Erfahrungswahl in Stuhm-Marienwerder, die am 28. November stattfand, wird, wie man vermauthet, wahrscheinlich eine Stichwahl zwischen dem Polen v. Kontnikski und dem Reichsparteiler Wessel nötig machen.

Antisemiten unter sich. Der antisemitische Reichstags-Abgeordnete Böckel schreibt in seinem „Reichsherold“ über seinen demnächstigen Reichstagskollegen Ahlwardt:

„Der Judenstinten-Prozess wird am 20. November beginnen. Er wird ohne Frage mit der Verurtheilung Ahlwardt's enden; denn solche Märchen, wie sie Ahlwardt, dieser Krebsgeschaden der antisemitischen Bewegung in Deutschland, in seiner Sensationschrift behauptet hat, sind eben nicht zu beweisen, weil sie — unwahr sind. Das ist auch dem „Rektor aller Deutschen“, wie ihn eine Anzahl Berliner Klumpfußbeider nennen, ganz egal. Der Mann will Sensation machen um jeden Preis.“

einem geschickten und weitsichtigen politischen Redakteur heraus.

Nur ein Wölkchen trübte seinen Himmel. Es ging von einem kleinen, freundschaftlichen Blatte aus, das ihn beständig angriff oder vielmehr in ihm den Redakteur des lokalen Theiles der „Die Francaise“. Der anonyme Redakteur der „Plume“, so hieß die Zeitung, behauptete nämlich, daß Herr Walter durch Notizen im lokalen Theile seine Unternehmungen fördere. Tag für Tag setzte das Blatt seine Sticheleien, bissigen Auspielungen und Verdächtigungen aller Art gegen ihn fort.

Jacques Vival sagte eines Tages zu Duroy: „Sie haben eine recht gebuldige Haut.“

Duroy stotterte: „Was soll ich thun? Es sind immer nur indirekte Angriffe.“

Als er aber eines Nachmittags in die Redaktion trat, hielt ihm Boisrenard die neueste Nummer der „Plume“ entgegen:

„Lesen Sie. Es steht etwas Unangenehmes über Sie drin.“

„Ach! Und um was handelt es sich?“

„Um nichts, um die Verhaftung einer Frau Aubert durch einen Sittenpolizisten.“

Duroy nahm das Blatt, das man ihm reichte, und er las unter dem Titel: „Duroy amüßirt sich“ folgendes:

„Der große Reporter der „Die Francaise“ behauptet uns heute, daß die Verhaftung der Frau Aubert durch einen Agenten der verhassten Sicherheitsbrigade nur in unserer Einbildung geschehen sei. Nun, die fragliche Person wohnt in der Rue de l'Europe, Nr. 18, im Montmarire. Wir begreifen übrigens recht gut, welches Interesse, oder welche Interessen die Agenten der Walter'schen Bank daran haben können, die Agenten des Polizeipräfecten zu unterstützen, der ihren Handel duldet. Der betreffende Reporter thäte besser, sich bloß auf die Fabrication von Sensationsnachrichten zu beschränken, für die er das Rezept hat, als da sind: Todesnachrichten, die am nächsten Tage dementirt werden, Berichte von Schlachten, die nie stattgefunden haben, Kaiserreden, die nie gehalten worden sind, kurz alle jene Informationen, die Walter'schen Börsenspekulationen

Geldsack und Recht. Der Prozeß wegen der Explosion des schweizerischen Dampfers Montblanc ist in freischem Gedächtniß: die Schuldigen wurden von dem Schwurgericht in Lausanne freigesprochen, obgleich über jeden Zweifel hinaus festgestellt war, daß sie das Schiff an dem verhängnisvollen Tag hatten fahren lassen, wissen u. d., daß es nicht mehr sicher war. Die Freisprechung erregte allgemeine Entrüstung, und der Bundesrath legte Nichtigkeitsbeschwerde ein. Nun hat aber, wie heute mitgetheilt wird, das Kassationsgericht des Kantons Waadt die Nichtigkeitsbeschwerde als verspätet und der nöthigen Legitimation des Beschwerdeführers ermangelnd, einstimmig zurückgewiesen. Der Geldsack hat also gesiegt, und das Recht kann sich verkrühen.

Frankreich hat wieder eine Ministerkrise. In der französischen Deputirtenkammer richtete gestern der Abgeordnete La Ferronnays an die Regierung eine Anfrage über die näheren Umstände bezüglich des Todes des Barons Reinach und erwähnte hierbei das Gerücht, daß Reinach gar nicht todt und daß seine Beisetzung nur eine fiktive sei. La Ferronnays verlangte die Exhumierung der Leiche. (Beifall auf der Rechten.) Der Justizminister Ricard bedauerte, daß von der Rednertribüne aus solche Behauptungen aufgestellt würden. Man wolle lediglich die Staatsverwaltung in der Achtung herabsetzen. (Arm auf der Rechten.) Bei der Beisetzung der Leiche Reinach's seien alle üblichen Formalitäten erfüllt worden, der Arzt habe festgestellt, daß Reinach eines natürlichen Todes gestorben sei. (Protestrufe auf der Rechten.) Die Justizverwaltung habe daher keinen Anlaß gehabt, einzureisen oder eine Obduktion der Leiche anzuordnen. Die Panama-Untersuchungskommission könne ja, wenn sie Verdacht hege, unter ihrer Verantwortlichkeit die Exhumierung und Obduktion verlangen; er aber weigere sich, gerichtliche Untersuchung einzuleiten. (Protestrufe.) Ricard beantragte darauf, daß die Anfrage La Ferronnays' in eine Interpellation umgewandelt werde, und schloß mit der Versicherung, daß er seine Pflicht erfüllt habe, daß er aber zu geschwindigen Maßnahmen seine Zustimmung nicht geben werde. Brisson beantragte darauf die Obduktion der Leiche Reinach's und die Verfestigung der Papiere desselben, da die Angelegenheit aufgeklärt werden müsse. (Beifall.) Brisson gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die Siegel nicht gleich nach dem Tode Reinach's angelegt worden seien (Beifall), und beantragte eine in diesem Sinne abgefaßte Tagesordnung. Der Ministerpräsident Loubet erklärte, Brisson's Forderungen ständen mit den Gesetzen in Widerspruch (Protestrufe Brisson's). Loubet fuhr fort, man würde die Aeußerungen Brisson's in diesem Sinne auffassen. Wenn aber die Absichten der Regierung verdächtig würden, so hätte er nicht mehr hinzuzufügen (anhaltende Bewegung); er müsse die von Brisson beantragte Tagesordnung ablehnen. Maurjan schlug vor, der Tagesordnung Brisson's den Ausdruck des Vertrauens der Kammer hinzuzufügen. (Beifall links.) Loubet erklärte, er werde der Panama-Untersuchungskommission die weitgehendste Unterstützung zu Theil werden lassen, er könne aber auch die von Maurjan formulierte Tagesordnung nicht annehmen. Die Regierung nehme nur die einfache Tagesordnung an. (Große Bewegung.) Hierauf wurde die von der Regierung verlangte einfache Tagesordnung mit 304 gegen 219 Stimmen abgelehnt. (Rufe der Ueberraschung.) Die Minister verließen darauf den Saal. Die Tagesordnung Brisson-Maurjan, nach welcher die Kammer sich dem Wunsche der Panama-Untersuchungskommission, über die Panamafanal-Angelegenheit volle Klarheit zu verschaffen, anschließt, wurde mit 393 gegen 3 Stimmen angenommen. Die Sitzung wurde aufgehoben; die nächste Sitzung wurde auf Donnerstag anberaumt.

Das Ministerium hat seine Entlassung eingereicht. Dieselbe ist von Carnot angenommen. Bis zur Ernennung des neuen Cabinets werden die Minister die Geschäfte fortführen.

Die Panama-Kommission vernahm gestern den Untersuchungsrichter Primet. Dieser erklärte, daß er keine Namen von Parlamentarienthatsmitgliedern nennen könne, da seine Untersuchung nur feststellen sollte, wer die Gelder ausgehellt, nicht wer sie empfangen habe. Baron Reinach erhielt noch nachträglich 9 800 000 Franks, über deren Verbleib nichts nachgewiesen ist. Die Vertheidiger der Angeklagten in der Panama-Angelegenheit erklärten dem Generalprokurator,

bienen. Oder er weiche seine Feder der intimen Schilderung von Abendgesellschaften, die „erfolgreiche“ Damen geben, oder er preise jene „Fabricate“ an, die, wenn auch sonst keinem, so doch sicherlich manchem unserer Kollegen „helfen“.

Der junge Mann war mehr bestürzt als zornig. Er merkte nur, daß er in eine unangenehme Geschichte hineingerathen sei.

„Von wem haben Sie denn die Nachricht?“ fragte Boisrenard.

Duroy sann zuerst vergeblich nach. Plötzlich aber besann er sich:

„Ach richtig! Von St. Potin.“ Dann las er die Notiz in der „Plume“ noch einmal und wurde feuerroth vor Aerger über den Vorwurf der Käuflichkeit.

„Was!“ rief er, „der Mensch behauptet, ich lass mich bezahlen für...“

Boisrenard unterbrach ihn: „Nun ja doch! Eine dumme Geschichte! Der Verleger versteht darin keinen Spaß. Beim „Lokal“ kann es zu leicht vorkommen...“

Gerade trat Saint-Potin ins Zimmer. Duroy stürzte auf ihn zu: „Haben Sie die Notiz in der „Plume“ gelesen?“

„Ja, und ich war schon bei Frau Aubert. Sie existirt in der That, aber sie war nicht verhaftet. Das Gerücht ist grundlos.“

Duroy eilte zum Verleger. Er fand sein Benehmen etwas kühl und sein Auge blinnte argwöhnisch. Nachdem er den Fall gehört hatte, erwiderte Herr Walter: „Geben Sie selbst zu der Frau, und lassen Sie Ihre Ermüdung so ab, daß man ähnliche Dinge über Sie künftig nicht mehr schreibt. Ich sage das für die Folge. Für die Zeitung für mich und für Sie ist so etwas gleich unangenehm. Ein Journalist muß wie Casars Gattin über jeden Verdacht erhaben sein.“

Duroy stieg mit St. Potin als Führer in eine Droschke und rief dem Kutscher zu: „Nach der Rue de l'Europe, Nummer 18, Mont-Marire.“

(Fortsetzung folgt.)

jaß sie sich der Mittheilung der Untersuchungsakten an die Kommission widersetzen. Meard erklärte darauf, die Gerichtsakten nur vertraulich zu sein, die Kommission besteht ferner auf der Obduktion der Leiche des Barons Kermach. — Larmarolle hat über eine Unterhaltung ausgeführt, welche er mit Charles Besseps am 6. Juni gehabt hatte, in deren Verlaufe Besseps ihm erklärte, die Zeitungen erhielten monatlich Gelder zwecks günstiger Besprechung des Panama-Unternehmens; das Garantiefonds der Finanz-Gesellschaften, große und kleine Bankiers erhielten starke Kommissionen abgehoben. Sehr hochgestellte Personen in den einflussreichsten Stellungen hätten in zynischster Weise Geldforderungen aufgestellt und zu versichern gegeben, daß sie diese Finanzoperationen begünstigen oder zu Falle bringen würden, je nachdem man ihnen mehr oder weniger Geld bieten würde. Was die hohen Gewinne der Panamakanal-Unternehmer anlangt, so liege kein Grund vor, sich darüber zu wundern. Dieselben hätten eine große Gefahr auf sich genommen, da kein Europäer sich länger als drei Jahre in Panama aufhalten könne. Alle Verträge, die mit den Unternehmern abgeschlossen seien, seien von den Liquidatoren geprüft worden. Die Unternehmer hätten eine entsprechende Bescheinigung vom Gericht empfangen. Nur die Forderung des Ingenieurs Eiffel sei um 8 Millionen herabgesetzt worden. Gleichwohl sei Eiffel seinen Verpflichtungen regelmäßig nachgekommen. Am Schlusse seiner Ausführungen habe Charles Besseps bemerkt, wenn man gewisse Personen und gewisse Dinge angreife, so werde man das ganze Unternehmen aufs Spiel setzen. Man werde dazu beitragen, daß dasselbe in die Hände der Amerikaner gelange. Diejenigen, welche das Unternehmen des Panamakanals angriffen, richteten ihre Bestrebungen in Wirklichkeit gegen den Suezkanal. — Die Kommission besteht aus der Freilassung Drumont's, um die Untersuchung zu ermöglichen.

Das englische Aylrecht. Fürst Krapotkin, der bekannte Anarchistenführer, dessen persönliche Ehrenhaftigkeit niemals bezweifelt worden ist, hat den Beschluß der Auslieferung des Anarchisten François (Francis) zum Anlaß genommen, eine Denkschrift zum Schutz des englischen Aylrechts zu veröffentlichen. Gelegentlich der Walfahrt nach der Thronen Krapotkin wiesen wir darauf hin, daß es sich unter anderen reaktionären Zielen auch um die Beschränkung des englischen Aylrechts handele, das seit dem ersten Viertel dieses Jahrhunderts der internationalen Reaktion ein Dorn im Auge ist. Jetzt sieht Herr Krapotkin vielmehr ein, daß wir nicht so ganz Unrecht hatten.

Gewiß wäre die Auslieferung des François ein böses Beispiel. Allein Herr Krapotkin wird doch nicht so naiv sein zu glauben, daß die bürgerliche Gesellschaft sich die Krapotkintabak ruhig gefallen läßt? Jedenfalls triumphirt die internationale Reaktion, wenn François ausgeliefert wird. Ist einmal mit Hilfe des Anarchistenredens ein Loch in das Aylrecht gebohrt, so wird es nicht schwer fallen, das Loch allmählich zu vergrößern.

Die russische Armee wird uns als musterhaftes Vorbild vorgehalten, d. h. nicht die wirkliche Armee, sondern die auf dem Papier stehende. Sollte sie aber in Bewegung gesetzt werden, würde man bald erkennen, daß es überall an dem Nothwendigsten fehlt. Daß aber auch der innere Bestand der Armee nicht zu sehr ist, ersieht man aus den vielfach vorkommenden Meutereien. Erst in diesen Tagen verließ in Petersburg selbst eine ganze Kompagnie, einen Feldwebel an der Spitze, aus Rache gegen den seiner Strenge wegen verhassten Kompagniechef, in Marijehordung den Exzerzierplatz und die Kasernen und begab sich in einen naheliegenden Wald, aus dem sie natürlich aber sehr bald wieder zurückgeholt wurde. Der Kompagniechef soll die Leute nicht nur durch schlechte Behandlung, sondern auch durch die Verabfolgung schlechten Essens ausgebraut haben. Um den Standal dieses Vorfalles möglichst zu vertuschen, wird verbreitet, der Feldwebel sei geisteskrank.

Parteinachrichten.

Ahlwardt in der Stichwahl. Wie die Leser an anderer Stelle finden, ist es den Antisemiten im ersten Wahlgange, wie es eine Zeit lang den Aufsehn hatte, nicht gelungen, ihren „Kektor aller Deutschen“ durchzubringen. Derselbe muß sich mit dem freisinnigen Kandidaten nach in der Stichwahl messen. Da beide in Frage stehende Kandidaten mit 7000 resp. 9000 Stimmen sich gegenüberstehen und es wohl ausgeschlossen erscheint, daß von den 276 Stimmen, welche auf den konservativen von Waldow fielen, ein größerer Bruchtheil auf den freisinnigen Drase übergehen werden, so erscheint der Sieg Ahlwardt's ziemlich sicher. Die Nationalliberalen, welche auch in diesem Kreise wieder mit ihrem händigen Durchfallskandidaten Dobrecht debattierten, kommen mit ihren knapp 400 Stimmen kaum in Betracht. Was unsere Genossen aber betrifft, so dürfte bei denselben die Neigung für Stimmenthaltung wohl vorherrschend sein, um so mehr als während des Wahlkampfes freisinnige wie Antisemiten in gleich gehässiger Weise unsere Agitatoren behandelt. Aber selbst wenn unsere Wähler Mann für Mann an die Urnen gingen, so würde dadurch an der erbgiltigen Entscheidung wohl irgend etwas geändert werden. Ahlwardt's Vorprung ist zu groß, seine Reserven auf konservativer Seite sind zu hart. Wenn die „Freis. Ztg.“ ihre Hoffnung auf die 6000 Wähler setzt, welche im ersten Wahlgang nicht gestimmt haben, so überhebt das Richterische Blatt, daß von diesen Wählern — es sind Schiffer, Bauarbeiter u. — ein großer Theil überhaupt nicht im Kreise anwesend, sondern anderswärts beschäftigt ist. Ein anderer nicht unbedeutender Bruchtheil von Wählern bleibt aber erfahrungsmäßig immer und unter allen Umständen von der Urne fern. Die freisinnige Hoffnung auf die 6000 erscheint uns deshalb eine sehr wichtige. Würden wir uns für die Politik aus Bescheid begünstigen können, so würden wir uns über Ahlwardt's Wahlansichten freuen. Kein Sozialdemokrat und kein anderer „Rechtsfreund“ hat bisher das konservativste Institut, die Armee, vor dem Auslande so herabgesetzt, wie es dieser „konservative Schöpfung“ mit seinen Jubelantken that. Und dieser Mann, zum Volksvertreter gewählt von den Bauern des ganzen Kreises, die ein Meyer von Arnswalde als Landrath ein Menschenalter lang für Gott, König und Vaterland drückte, das ist ein Stück parteigegensätzlicher Humors, wie es eben nur auf dem feindlich veränderten preussischen Boden recht gedeihen kann.

Protestversammlungen gegen die Militärvorlage fanden ferner statt in Wittweida, Landsberg a. W. und Soldin (Bez. M. Pöbel-Berlin), Starzberg (Bez. G. Schmid-Münchb.), Stendal (Bez. Dr. zur-Meppen).

Von der Agitation. Die Parteigenossen aus Nordhausen und Salza unternahmen am vorvergangenen Sonntag

eine Agitationstour nach einer Reihe Dörfern dieses Wahlkreises, um Flugblätter zu verbreiten. Sie wurden von den Landarbeitern freundlich aufgenommen. Ueber das Loos dieser Arbeiterkategorie entwerfen sie in der „Thüringer Tribüne“ folgende Schilderung: „Die Hütten, welche wir betreten, sind meist in dumpfe Zimmer eingetheilt, die Gefächfarbe ihrer Bewohner ist eine bleiche; die Haltung des Körpers der Männern im schönsten Alter ist eine gebückte. Die Kinder sind förmlich in Lumpen gehüllt und müssen fast alle ihre ganze Jugend dem Moloch Kapital opfern. Ebenso müssen die Frauen mitarbeiten und der durchschnittliche Verdienst einer Familie beträgt alsdann wöchentlich 6 Mark bei einer Arbeitszeit von 14 Stunden täglich. Von einem Weber wurde uns mitgetheilt, daß vor einigen Jahren die Webe um 5 Meter kürzer gewesen sei, bei demselben Lohne wie er heute üblich ist. Ebenfalls eine Lohnschmälerung!“

Ueber die Stadtverordneten-Wahl in Grimmitzhan in Sachsen, bei welcher, wie bereits gemeldet, unsere Kandidaten mit 587-649 gegen 733-810 „ordnungs“parteiliche Stimmen unterlagen, berichtet das „Sächsische Volksblatt“ noch, daß man den sozialdemokratischen Vertretern das Geschick abschlag, der Wahlhandlung kontrollierend beizuwohnen zu dürfen. Der Bürgermeister motivirte dies damit, der Wahlausschuss bestche ja aus Männern, welche Vertrauenswürdig seien. Die Säumigen unserer Wähler konnten deshalb nicht herbeigeholt werden, während dies den Gegnern durch ein Mitglied des Wahlausschusses ermöglicht worden sein soll. Trotzdem haben die „Ordnungs“partei gegenüber der früheren Wahl einen Stimmrückgang erlitten. Damals erhielten sie 683-938, wie 526-560 Stimmen. Unsere Partei gewann also an Stimmen. Dabei belakete die bürgerliche Presse von einer „gewaltigen Niederlage“, welche die Sozialdemokratie bei den Grimmitzhauer Gemeindevahlen erlitten hätte!

Bei der Gemeinderath-Wahl in Langenberg (Neuh. S.) wurden für die sozialdemokratische Liste 84-88, für die gegnerische 90-110 Stimmen abgegeben.

In Großenhain blieben die sozialdemokratischen Kandidaten in der Minderheit.

In Tangermünde wurde ein Parteigenosse mit 112 St. zum Mitgliede des Stadtverordneten-Kollegiums gewählt.

Mit den Beschlüssen des Berliner Parteitages erklärten sich weiter einverstanden die Parteigenossen Harburgs.

Die Zeiter Parteigenossen erklärten den 1. Mai definitiv zum Arbeiterfeiertag. Es soll von jeder Vor- oder Nachfeier an einem Sonntag abgesehen und das Fest nach Möglichkeit schon am Morgen begonnen werden.

In Welkenfeld folgten bei der Wahl von männlichen Vertretern zur Orts-Krankenkasse III. (Schuhmacher) sämtliche 80 sozialdemokratische Kandidaten. Sie erhielten 180 bis 190 Stimmen, während die Gegner mit 50-40 Stimmen zufrieden sein mußten. Bei der Wahl von 40 Vertreterinnen fiel der Sieg den Gegnern zu und zwar deshalb, weil unsere Genossinnen nicht pünktlich zur Stelle waren, sondern ihrer Mäßigkeit nach erst kamen, als die Wahl vollzogen war. Infolge dessen blieben unsere Kandidatinnen mit 7 gegen 11-13 gegnerische Stimmen in der Minderheit. — Bei der Erziehung zum Vorstand wurde Genosse Wilhelm Klinger gewählt.

Bürgerliche Klassenwirtschaft. Der Gemeinderath von Straßburg G. bewilligte das Gesuch des national-liberalen Abgeordneten Dr. Petri um Ueberlassung des Saales der Kubette zu einer Versammlung, in welcher ein Rechenschaftsbericht erstattet werden soll, und lehnte in derselben Sitzung das Gesuch der sozialdemokratischen Partei ab, ihr jenen Saal zu Volksversammlungen zur Verfügung zu stellen. Die den Nationalliberalen wird natürlich auch den Merkmalen der Saal anstandslos zu Versammlungen überlassen, nur nicht den sozialdemokratischen Arbeitern. Die „Frank. Ztg.“ meint zu dieser hinfälligen Ungerechtigkeit: „Die Sozialdemokratie erhält von allen Seiten Wasser auf ihre Mühle. . . . Angesichts solcher Erscheinungen darf es nicht Wunder nehmen, daß der Sozialismus täglich an Boden gewinnt und daß die sozialistischen Vereine in Class-Vorträgen wie Pilze aus der Erde schießen.“

Polizeiliches, Gerichtliches u.

— In Stendal verbot die Polizeiverwaltung dem Arbeiterbildungsverein die Abhaltung eines Balles, weil der Verein ein politischer sei und deshalb Damen zu dessen Zusammenkünften nicht zugelassen werden dürften.

— In Magdeburg wurden der Genosse Vater und sechs andere Parteigenossen lediglich deshalb verhaftet, weil sie vor dem georgologischen Bremerischen Konzerthaus vorüber gingen, was der Inhaber desselben nicht dulden wollte. Auf dem Polizeibureau behielt man sie bis 19 Uhr nächsten Tages in Haft. Man vermuthete, daß die Verhafteten als Kontrolleure des Bonkotts fungierten. Wegen jenes Vorgehens wird gegen die Polizei Beschwerde und Strafantrag eingereicht werden.

— Die Grjurat Strafkammer erkannte gegen den Genossen Leben, früheren Redakteur der „Thüringer Tribüne“, welcher der Beleidigung einer Lehrerin angeklagt war, auf Freisprechung.

— Der „Braunschweiger Volksfreund“ erörtert, daß die Polizei, ohne gesetzlich ein Recht dazu zu haben, bei Versammlungsanmeldungen die Angabe des Referenten verlangt, auch in Versammlungen nichtpolitischer Vereine aberwachende Beamte entsendet, Versammlungen auflöst, wenn ein Redner etwas Strafbares sagt, ferner Vereinsversammlungen auflöst, wenn Angehörige anderer Berufs, als desjenigen, für welche der Verein bestimmt ist, anwesend sind. In all diesen Maßnahmen sei die Polizei nach dem braunschweigischen Recht nicht befugt; was speziell die Auflösung von Versammlungen anbelange, so wäre die Polizei dazu nur berechtigt, wenn Anträge oder Vorschläge erörtert würden, welche eine Anreizung zu strafbaren Handlungen enthalten. Der „Braunschweiger Volksfreund“ meint, die Polizei habe aus Genossenschaft sich allmählich Rechte angeeignet, die sie gar nicht besthe und sich deshalb unweigerlich wieder nehmen lassen müsse. Er erwartet von der Polizei, daß sie sich ein für alle Mal auf das ihr laut Gesetz zustehende Recht beschränke, andernfalls eine Form der Kritik sich nöthig machen werde, welche für die Polizei nicht gerade von den angenehmsten Folgen sein würde.

Soziale Ueberlicht.

Wahrung, Berliner Arbeiter! Wir geben hiermit bekannt, daß auf unser vor kurzem ergangene öffentliche Aufforderung an die hiesigen Brauereien, ihren Bedarf an Hälften hier am Plage anfertigen zu lassen und bei etwaigen Verzögerungen unseren Arbeitsnachweis in Anspruch zu nehmen, folgende Brauereien erklärt haben, auf unser Verlangen eingehen zu wollen: Brauerei Wagnstadt, Berliner Bodbrauerei, Norddeutsche Brauerei, Größlich Weischach's Brauerei zu Stralau, Münchener Brauhaus, Oswald Berliner's Brauerei, Brauerei Julius Böhm, Brauerei Ege, Wöhlhaves Brauhaus, Brauerei Pöhlendorfer. Die übrigen Berliner Brauereien haben es nicht für nöthig gehalten, auf unsere Anfrage zu antworten; wir werden mit denselben daher noch persönlich Rücksprache nehmen. J. A. S. Winter.

Bauarbeiter Berlin! Wohl kein Beruf hat mehr mit einem pekuniär zweifelhaften Unternehmertum zu rechnen, als der unfrische. Ja, müssen wir doch oft die traurige Erfahrung machen, daß nicht allein die Unternehmer, sondern auch unsere

eigenen Kollegen als Kolonnenführer zu uns in gemeinsamer Weise hintergehen. Um einem derartigen empfindenden Troiben wenigstens einigermaßen abzuwehren, kann das demnächst zu errichtende Gewerbegericht Gutes leisten, wenn in dasselbe Männer gewählt werden, die energisch die Rechte der Arbeiter zu wahren wissen. Es ist daher die Pflicht aller zielbewußten Bauarbeiter, sich bis zum Sonntag in die Wählerlisten eintragen zu lassen, damit am 20. Februar 1893 ein der Würde der Berliner Arbeiterschaft entsprechendes Wahlergebnis erzielt werde. Mit kameradschaftlichem Gruß W. G. S. M. A. N., Bauarbeiter, Exzerzierstr. 4.

An die Wähler von Berlin und Umgegend. Wir rüchten an Euch die dringende Aufforderung, Euch bis zum 4. Dezember in die Wählerlisten zum Gewerbegericht eintragen zu lassen. Die Eintragung kann wochentäglich von 5-8 Uhr Abends und am Sonntag von 12-3 Uhr Mittags geschehen. Thue jeder seine Pflicht! J. A. S. Winter.

Handdiener und Berufsgeossen. Am Sonntag, den 4. Dezember, geht die Frist zur Einzeichnung in die Wählerlisten zum Gewerbegericht zu Ende, versäume daher niemand sich bis dahin eintragen zu lassen. Formulare hierzu sind beim Kollegen Steiner, Neue Gränitz 10, sowie beim Unterzeichneten zu haben, auch können dieselben nach stattdaher Ausfüllung dort zur Weiterbeförderung wieder abgeliefert werden. Mit kollegialischem Gruß: Gustav Sabepitz, Ritterstr. 70, Delegirter zur Streik-Kontrollkommission.

Firmenschilderbranche! Den Kollegen zur Nachricht, daß Antragsheine zur Eintragung in die Wählerliste zu den Gewerbegerichts-Wahlen in unserem Nachweise bei Bernau, Rosen- und Neue Friedrichstraße in Empfang zu nehmen und nach erfolgter Ausfüllung und Abstempelung daselbst abzugeben sind. Die Kollegen werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Eintragung bis Sonntag, den 4. Dezember, Nachmittags 4 Uhr, erfolgt sein muß. Die Agitationskommission.

Dachdecker. Berücksichtigend wird uns heute mitgetheilt, daß bei den Ziegel- und Schieferdeckern ein Innungs-Schiedsgericht nur für die Berliner Innung (sog. Keller'sche Richtung), nicht aber für den Innungsverband (sog. Weisshagener Richtung) besteht. Da letztere Innung keinen Gebrauch von den Rechten des § 100f der Gewerbe-Ordnung macht, können die Ziegel- und Schieferdecker u., welche bei Meistern dieser Weisshagener Richtung arbeiten, an den Wahlen zum Gewerbegericht theilnehmen. Es ist daher Pflicht dieser Arbeiterkategorie, sich in die Wählerlisten eintragen zu lassen.

Wachtung, Schuhmacher! Entgegen etwa sonst lauzendenden Gerüchten theilen wir hierdurch mit, daß der Streik bei der Firma Mauff unverändert fort dauert. Eine Unterhandlung mit diesem Herrn hat nicht stattgefunden. Im Auftrage der Agitationskommission: August Fleischer.

Die Korbmacher in Luckenwalde und Oranienburg ersuchen wegen Differenzen, die zwischen ihnen und den Unternehmern ausgebrochen sind, um Fernhaltung des Zuguges.

Die Arbeitslosigkeit macht sich, wie der Stettiner „Volksbote“ berichtet, in Stettin und dessen Vororten in erschreckendem Umfange fühlbar. Im „Balkan“ sind Leute entlassen worden, die schon mehr als 15 Jahre lang dort gearbeitet haben. Und denjenigen, welche noch arbeiten, sind die Löhne reduziert worden. Da gibt es für die Arbeiter ein trauriges Weischnachten.

Oberstaatsanwalt Dr. Hartmann in Plauen erklärt die Mittheilung des „Sächs. Volksblattes“ für unrichtig, daß er in seiner Rede zu Eibenstock sich von der Forderung nach Einführung des Befähigungsnachweises losgesagt hätte. Er habe im Gegentheil einen solchen im Reichstage von Ackermann und Genossen eingebrachten Antrag mitunterzeichnet, in welchem jene Forderung abermals gestellt wird. — Eine Liebe ist der anderen werth. Der „Konsequenz“ des Herrn Hartmann gegenüber, den Befähigungsnachweis immer und immer wieder zu fordern, wird der Reichstag hoffentlich die Konsequenz entgegensehen, diese Forderung der Jüngster ebenso oft abzulehnen.

Ueber den Ausstand der Baumwollspinner Südlancasters schreibt man der „Vossischen Zeitung“: Der Ausstand dauert nun bereits drei Wochen. Die Anzahl der Ausständigen ist von 43000 auf 64000 gestiegen. Keine Seite ist geneigt, nachzugeben oder Vermittelungsversuche anzubahnen, und da die Arbeitslosen von den in den laufenden Spinnereien von Nord- und Nordost-Lancasters beschäftigten Genossen reichlich mit Geld unterstützt werden, so ist ein Ende des Ausstands vor der Hand noch gar nicht abzusehen. Die Unternehmer, die den Kampf durch das Verlangen einer typologischen Lohnherabsetzung beibehalten haben, sind in ihrer Forderung, bei den Spinnereien Nord- und Nordost-Lancasters Unterstutzung zu finden, enttäuscht worden. In diesen Bezirken haben die Unternehmer es abgelehnt, ihre Werke stillzulegen oder nur kurze Zeit laufen zu lassen, weil sie kürzlich mit ihren Arbeitern vereinbart haben, daß eine fünfprozentige Lohnermäßigung eintreten soll, wenn im Süden die Arbeiter unterliegen, daß dagegen die jetzigen Sätze bestehen bleiben, falls die Unternehmer den kürzeren ziehen. Durch diesen Beschluß erhalten die ausständigen Arbeiter alle mögliche Unterstützung zum Ausdauern, da ihnen dadurch der Weiterbezug der regelmäßigen Ausstandsgelder gewährleistet wird.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung für Handlungsgehilfen der Zigarren- und Materialwaaren-Branche fand am Sonntag statt; Kollege Hinz referirte in derselben über die übermäßige Arbeitszeit in diesen Branchen. Redner führte aus, gestützt auf seine langjährigen persönlichen Erfahrungen und auf amtliche statistische Berichte, daß die Arbeitszeit in diesen Geschäften eine überaus lange sei. Es sei nichts Seltenes, daß die Säden im Sommer von früh 4 bis Abends 11 Uhr und im Winter von 6 bis 11 Uhr geöffnet seien. Wohl nirgends sonst würden die Bedingnisse so maßlos ausgenutzt, als in diesen Geschäften. Im Kreise Oppeln hatten nach den Ausführungen des Redners zu arbeiten unter 282 Beurlingern 115 täglich 13 Stunden, 12 täglich 16 Stunden und der Rest 9 bis 14 Stunden. Auf die kürzlich hutzugefundene Reichsenquete eingehend, führte Redner aus, daß bei seiner großen Bekanntheit es ihm noch nicht gelungen sei, einen Kollegen zu finden, der einen Fragebogen erhalten habe. Hand in Hand mit der langen Arbeitszeit gehe natürlich eine mäßig niedrige Entlohnung. So erhielten in Berlin die Angestellten bei freier Station 90 bis 95 M. monatlich; selten konnte jemand bedeutend höher. Der Redner stellte als seine nächsten Forderungen hin: Schutz der jugendlichen Arbeitskräfte genau wie in Fabriken, und für alle Angestellten einen zehnständigen Arbeitstag von 6-8 Uhr mit 2 Stunden Ruhezeit. Ferner richtete er an alle Anwesenden das Ersuchen, für diese Forderungen einzutreten, was sie nur könnten durch engen Anschluß an die Sozialdemokratie. In der sehr lebhaften Debatte meinte ein Herr Kiesel, es scheite ihm, daß in der Versammlung nur die Unzufriedenheiten am Ausdruck seien. Er bezog sich auf Gehalt von 60 M. bei freier Station, allerdings müsse man dann ein flotter Verkäufer sein. Sehr schlagend wurde diesem Herrn nachgewiesen, daß selbst dieser angeblich so hohe Gehalt erstens nur eine Ausnahme für besonders hervorragende Leistung sei, und zweitens wenn man es auf Stundenlohn reduzieren würde, noch recht gering wäre, denn es kämen auf die Stunde bei nur zwölfständiger Arbeitszeit ganze 2 1/2 Pf. — Zum Schluß wurde eine Resolution im Sinne der vom Referenten aufgestellten Forderungen von der Versammlung angenommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, 30. November.
Opernhaus. Die Raubritze.
Schauspielhaus. Meister Salzer.
Festung-Theater. Fernande.
Berliner Theater. Dora.
Wallner-Theater. Die Ehre.
Deutsches Theater. Der Rifan.
Neues Theater. Die Siebeshändlerin.
Kroll's Theater. Die Hochzeit des Figaro.
Residenz-Theater. Im Pavillon. (La Parfume).
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Das verurteilte Schloß.
Thomas-Theater. Amentausch und Ekelweib.
Adolph Ernst-Theater. Die wilde Madonna.
Alexanderplatz-Theater. Sport-Mädel.
National-Theater. Wilhelm Tell.
Sollakiance-Theater. Kabale und Liebe.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Santmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Zum 82. Male:
Die wilde Madonna.
Gesangsspieler in 3 Akten von L. Trostow.
Complet von G. Görs. Musik von O. Stoffs.
Mit neuen Kostümen aus dem Atelier d. Fr. Köpke, und neuen Dekorationen v. Lütke Meyer in Coburg.
In Scene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alexander-Platz-Theater.

Bernspruchamt VII Nr. 1711.
Heute Abend 7 1/2 Uhr:
Sport-Mädel.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von A. Schönfeld.
Musik von Max Lustig.
Mit vollständig neuer Ausstattung.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Auf. 7 1/2 Uhr.
Morgen: Sport-Mädel.

American-Theater.

Jeden Abend fabelhafter Beifall!
Die Todenwäner,
oder "Das Kind in der Kommode",
parabolisch-realistischer Vorgang im Keller, beobachtet vom Hofe aus, von Oscar Wagner.
Bendix in seiner Saison-Nummer:
**Man merkt's am Gang,
Da ist was mang!**
Auftreten sammt Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée 75 Pf.
Sonntag 8 Uhr.

Castan's Panoptikum.

Sensationell!
Prinzess Topase.
Vorstellungen 11-1 und 4-9 1/2 Uhr stündlich.
Ohne Extra-Entrée.
Entrée 50 Pf., Kinder 25 Pf.



Passage-Panoptikum.
Die bildschönen zusammengewählten Zwillinge und das Riesenkind.
Mit heutigem Datum habe ich das **Restaurant** des Herrn C. Albrecht, Rindorf, Straßbecksstraße 82, käuflich erworben.
Ich bitte das weichen Herrn Vorgänger geschenkte Vertrauen auch gütig auf mich übertragen zu wollen.
Um recht zahlreichen Besuch bittend, zeichnet hochachtungsvoll
C. Schmidt.
Ein Vereinszimmer ist noch zu vergeben.

Parteigenossen Berlins!

Am **Donnerstag**, den 1. Dezember, Abends 8 Uhr, finden in sämtlichen sechs Wahlkreisen **Versammlungen der sozialdem. Partei** statt.

- 1. Wahlkreis: Deigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48.
- 2. " Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.
- 3. " Brochnow, Sebastianstr. 39.
- 4. " Joël, Andreasstr. 21.
- 5. " Brauerei Bötzw, Prenzlauer Thor.
- 6. " Schultheiss (fr. Gisteller), Chausseest. 88.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
1. Berichterstattung der Delegierten vom Parteitag.
2. Diskussion.
3. Abrechnung der Vertrauensmänner.
4. Neuwahl von Vertrauenspersonen.
5. Neuwahl der Lokal- und Pressekommision.
Zahlreicher Besuch erwünscht

Achtung! Maurer und Putzer. Große öffentliche Versammlung

am **Donnerstag**, den 1. Dezember er., Abends 8 Uhr, in den **Industriehallen, Kommandantenstr. 77-79.**
Tages-Ordnung:
1. Zweck und Nutzen der Arbeitslosen-Statistik. Referent F. Schulze.
2. Diskussion.
3. Die Gewerbe-Schiedsgerichtswahlen. Referent Kollege Klüngenber.
4. Diskussion.
5. Gewerkschaftliches.
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.
Der Einberufer:
S. Schigolski, E. Gräbke.

NB. Den Mitgliedern des Zentral-Verbandes, Filiale II Berlin zur Nachricht, daß sich die Zahlstellen für Norden bei **Peterson**, Veteranenstraße 22, und für Moabit bei **Hermerschmidt**, Berlebergerstraße 28, befinden, wofelbst Beiträge jeden Sonnabend Abend von 8-10 Uhr entgegen genommen werden.

Der Bevollmächtigte.

Zur Beachtung!

Ich wolle den werthen genossenschaftlichen Vereinen hiermit in Erinnerung bringen, daß ich am 2. und 3. Feiertage, sowie verschiedene Sonn- und Sonntage noch frei bin. Auch halte mich zur Befehung und erfolgreicher Ausführung von ganzen Vorstellungen, Matineen u. s. w. bestens empfohlen. Koulante Bedingungen. Bitte um recht baldige Berücksichtigung für Entlohnung und Neujahr.
Hugo Osang, Volkshumorist,
sowie Verf. zeitgem. Satiren, Berlin 80, Mariannenstr. 46, Hof pl. geradezu.

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Mittwoch, den 30. November 1892:
Abends 7 1/2 Uhr:
Große Extra-Vorstellung.
Aus dem reichhaltigen Programm besonders hervorzuheben: **Mr. James Pills** mit dem Schulpferde **Germinale**, 4 **Orientalen**, in Prachtkostümen ger. von den Herren **Gaberel, Ernst Renz, William und Alfred, Elmar**, der Strichspringer, in Freiheit vorgeführt von **Fräul. Oceana Renz, Mr. Loop, Renz**, der beste Jockeyreiter d. Gegenwart. **Gobr. Martinelli, Akrobaten** 1. Ranges.
Zum Schluß: **Auf Helgoland**, Ballet u. 82 Damen. Neue Einlage: **Aufzug der Leib-Garde-Artillerie.**
Morgen, Donnerstag, Ab. 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung mit neuem Programm. Billet-Vorverkauf beim "Invalidentant", Marktgrafenstraße 61a.
Fr. Renz, Direktor.

Circus Corty-Althoff.

Berlin, **Friedrich-Karl-Str.**, Ecke Karlstraße.
Mittwoch, den 30. November, Abends 7 1/2 Uhr:
Anherordentl. Vorstellung.
Hauptpièces sind: **Rococo-Quadrille**, ger. von 6 Damen u. 6 Herren. **Mr. Hubert, Jongleur** zu Pferde. 55 **Kongste**, vorgef. vom Direktor **Althoff**. Auftreten des **Leistungsmessers The Halsons**, des **Jockeyreiters Mr. Cooke** etc.
Mexitan. Kriegsepisode.
Komische Intermezze v. sämtl. Klownen.
Donnerstag, 1. Dezember, Ab. 7 1/2 Uhr: Gr. Vorstell. Näheres die Plakate.

Feen-Palast

Burgstraße, neben der Börse.
Welt-Lokal Berlin, 5000 Pers. fassend.
Täglich
Gr. Spezialitäten-Vorstellung
mit abwechselndem Programm.
Auf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 Uhr. Entrée 50 Pf.
Jeden Mittwoch und Sonntag Nachm. Grosses Familien- und Kinderfest mit **Gratis-Verlosungen** und **Spezialitäten-Vorstellung**.
Anfang Mittwoch 4 Uhr, Sonntag 3 1/2 Uhr.
Entrée für Kinder wie Erwachsene 1. Platz 50 Pf., II. Platz 25 Pf.

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77-79, Täglich:
Germania-Konzert- u. Komplet-Sänger.
Wochentags frei.
Sonntags 30 Pfennig.
Kinder 10 Pf.
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Zwei Säle für Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Kegelbahnen.
F. Sadtke.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Das großartigste Spezialitäten-Programm der Residenz.
Familie Lars-Larsen, Elite-Parforce-Gymnastik-Truppe.
Brooks & Duncan, Original-Kongo-Reger.
Charles Liffon, Athlet auf dem Drahtseil.
Brothers Barrett, The two Fanneg Gentlemen.
The Original-Satours, Anatomisches Wunder.
Anfang Wochentags 8 Uhr.

"Zum gemüthlichen Viden"

Görliizerstr. 63, Ecke Lübbenerstraße.
Für dürft. Seelen b. 1 Uhr Nachts geöffnet.
Besonderer Umstände halber ist mein Saal für den ersten Neujahrestag an Vereine oder Gesellschaften zu vergeben.
853b Hoffmann, Oranienstr. 180.
Empfehle den Genossen u. Vereinen meine anerkannt großartige Saaldekoration, auch lebende Bilder zu allen Festlichkeiten. **Otto Arendt**, Friedrichsbergerstr. 3, v. 1 Tr.

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Lehrplan für das Winterhalbjahr. (IV. Quartal 1892.)

Die Stunden fallen wie bisher Wochentags von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr Abends. Sonntags von 10 bis 12 Uhr früh.

	Nordschule. Müllerstr. 179a.	Südschule. Gagelsbergerstr. 43.
Montag	Rechnen (unt.).	Physiologie.
do.	*Deutsch (ob.).	—
Dienstag	Geschichte (neue).	Deutsch (mittl.).
do.	Kaufm. Rechnen, Wechselrecht, Korrespondenz.	—
Mittwoch	Deutsch (mittl.).	Geschichte (alte).
do.	*Mathematik und mathematische Geographie.	—
Donnerstag	Chemie.	Deutsch (ob.).
Freitag	Deutsch (untl.).	Buchführung (doppelte) und oberes Rechnen.
do.	*Physiologie.	—
Sonabend	Buchführ. u. ob. Rechnen.	Deutsch (untl.).
Sonntag	—	Rechnen (untl.).

	Ostschule. Markusstr. 31.	Südost-Schule. Reichenbergerstr. 133.
Montag	Deutsch (ob.) Logik.	Buchführ. u. ob. Rechnen.
Dienstag	Deutsch (untl.).	Deutsch (mittl.).
Mittwoch	Deutsch (mittl.).	Deutsch (ob.) Logik.
do.	—	*Rechnen (untl.).
Donnerstag	Physiologie.	Geschichte (mittl.).
do.	—	Kaufm. Rechnen, Wechselrecht, Korrespondenz.
Freitag	Geschichte (neue).	Deutsch (untl.).
do.	—	*Mathematik und mathematische Geographie.
Sonabend	Rechnen (untl.).	Physiologie.
Sonntag	Buchführ. u. ob. Rechnen.	—

Die mit * bezeichneten Stunden werden mit Benutzung der Doppelräume erteilt.

Für alle vier Schulen: an jedem Sonntag Vormittags 10-12 Uhr: **National-Oekonomie** in den "Armin-Hallen", Kommandantenstr. 20.

Unterricht für Nacharbeiter: Nachmittags von 2 1/2 bis 4 1/2 Uhr.

Ostschule. Markusstr. 31. **Nordschule.** Müllerstr. 179a.

Dienstag Buchführung u. Rechnen. Deutsch.
Donnerstag Deutsch. Buchführung u. Rechnen

Für sämtliche Lehrfächer werden neue Schüler und Schülerinnen aufgenommen.

Die Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder kann an endstehenden Zahlstellen, deren je eine auch in jeder Schule errichtet ist, erfolgen. Dasselbe wollen auch die Teilnehmer und Teilnehmerinnen am Unterricht ihre Zahlkarten einlösen. Beitrag mindestens 25 Pf. monatlich. Schulgeld monatlich 50 Pf. Zu den mit * bezeichneten Zahlstellen sind auch Billets zur **Arania à 25 Pf.** (welche letztere dann nur noch eine Nachzahlung von 25 Pf. bedingen) gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben.

Die Zahlstellen sind folgende:

- S.**
Südschule, Gagelsbergerstr. 43.
*Börner, Ritterstr. 108.
Gründel, Dresdenerstr. 116.
Klein, Schönleinstr. 8.
Ehrenberg, Annenstr. 14.
- SO.**
Südostschule, Reichenbergerstr. 133.
Kehr, Köpckeplatz 128.
*Schulz, Admiralsstr. 40 a.
Ulrich, Brangelstr. 84.
Zabel, Rannapstr. 80.
Schayer, Reichenbergerstr. 54.
Pafförke, Brangelstr. 16.
- SW.**
Grube, Mariendorferstr. 10.
Krohner, Junferstr. 1.
Goepel, Kogbachstr. 1.
*Antrieb, Steinmehstr. 60.
- O.**
Ostschule, Markusstr. 31.
A. Böhl, Rüdersdorferstr. 8.
E. Böhl, Frankfurter Allee 74.
- R.**
Radke, Krautstr. 48.
*Loch, Friedrichsbergerstr. 11.
Ungerling, Breslauerstr. 27.
- C.**
*Borndt, Alte Schönhauserstr. 18.
Wernau, Rosenstr. 30.
- N.**
Nordschule, Müllerstr. 179a.
*Gleisner, Müllerstr. 174.
Gnaat, Schweinmünderstr. 120.
Kleinan, Gartenstr. 171.
Lehmann, Brunnenstr. 83.
Schmidt, Tredowstr. 24.
Thierbach, Schmeibterstr. 44.
Raabe, Ruppinerstr. 42.
*Stritzkowsky, Kastanien-Allee 35.
Kruso, Pappel-Allee 3/4.
- NO.**
*Gumpel, Barnimstr. 42.
Droscher, Linienstr. 50.
- NW.**
*Vogtherr, Stephanstr. 27a.
Voss, Lübeckerstr. 8.

Der Vorstand.

Achtung! Klempner.

Allen Kollegen zur Nachricht, daß heute Abend, nach Schluß der um 8 Uhr beginnenden Delegierten-Wahlversammlung unserer Klasse eine **zweite Versammlung** um 10 1/2 Uhr eröffnet wird. In derselben wird ein **Vortrag** gehalten. Die Mitglieder werden ersucht, an derselben theilzunehmen.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Mitgliedsbuch legitimirt.
Der Einberufer: S. Drange.

Große öffentliche Volksversammlung für Pankow und Nieder-Schönhausen

am **Mittwoch**, 30. Nov., Abends 8 1/2 Uhr, in **Sardard's Vereinshaus**, zu **Pankow**, Schulzestr. 28.
Tagesordnung: 1. Protest gegen die neue Militärvorlage. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Fallus Heiser**-Zwidau. 2. Diskussion. 3. Gründung eines Arbeitervereins für Pankow und Umgegend.
Der Einberufer: S. Drange.

Weisensee. Sozialdemokrat. Volksversammlung

am **Donnerstag**, 1. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im **Sale des „Prälaten“**, König Chaussee-Redderstraße-Ecke.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung vom Parteitag. Referent P. Reinhardt.
2. Diskussion. 3. Neuwahl einer Vertrauensperson. 4. Berichterstattung unserer Gemeindevorsteher über ihre bisherige Thätigkeit.
Um recht rege Theilnehmung ersucht!
Der Vertrauensmann.

J. Semmel, prakt. Zahnarzt, Dravienstr. 35 (Morihplatz).
Sprechst. 8-1, 3-5. Poliklinik f. Unbemitt. 1-3, 5-6. Künstl. Zähne 2 Pf.

Romanales.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 1. Dezember 1892, Nachmittags 3 Uhr. Zwei Naturalisationsgesuche — Verichterstattung über die Vorlage, betr. den Verkauf eines an der Straße No. 11, Abteilung XI. des Bebauungsplanes, belegenen, der Vaugesellschaft am Humboldtthain gehörigen Grundstücks zu Gemeindeforschungszwecken — Vorlage, betr. die angeregte Anbringung von Schildern an den Straßenlaternen zum besseren Erkennen der Straßennamen und der Hausnummern bei Dunkelheit — desgl. betr. die Entzignung der zur Anlage der Wasserstraßen zwischen Gieschiner- und Alexandrinenstraße erforderlichen Flächen — desgl. betr. die außerordentlichen Maßregeln zur Beschäftigung Arbeitsloser, sowie die dadurch im verflochtenen Winter und Frühjahr hervorgerufenen Etschäden — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betr. die Ausföhrung des Beschlusses wegen Freilegung der Schlossfreiheit. — Vorlage, betr. die Entzignung der zur Freilegung des Kottbuser Ufers zwischen Admiral- und Kottbuser Brücke erforderlichen Grundstücke — desgl., betr. die Pflege zweier Gärten aus den Mitteln eines der Stadt zugesandenen herrenlosen Nachlasses — desgl., betr. die Verantwortung der bei Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt-Hauptkasse für 1. April 1890/91 beschlossenen Anfragen und Erinnerungen — desgl., betr. das Reglement über Aufnahme, Behandlung und Entlassung Gefesselter in den städtischen Irrenanstalten und die Höhe der zur Erstattung zu berechnenden Kosten — desgl., betr. die im Vierteljahr Juli—September d. J. durch die städtischen Gasanstalten gespeicherten Gasblumen — desgl., betr. die telephonische Verbindung der Wohnungen der drei Krankentransport-Unternehmer mit den betreffenden Polizei-Stationen — desgl., betr. die Regelung der Anteilverhältnisse der beim Könnigschen Park beteiligten städtischen Verwaltungsstellen — 15 Rechnungen — 4 Unterstützungs-fällen — Vorlage, betr. die Renouveau eines Bürgerdeputierten für das städtische Turnwesen.

Außerdem findet in dieser Sitzung — und zwar um 6 Uhr — die Wahl eines befohlenden und von zwei unbefohlenen Stadträten statt.

Tokales.

Die Stadtverordnetenwahlen in Köpenick (Dritte Abtheilung) sind, wie zu erwarten war, zu Gunsten der bürgerlichen Kandidaten ausgefallen. Von 187 Wahlberechtigten haben nur 377 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht, also noch nicht ganz 40 pCt. Zu wählen waren 4 Stadtverordnete. Die bürgerlichen Parteien hatten 6 Kandidaten, unsere Genossen nur 4 aufgestellt. Die Sieger erhielten 120 bis 277 Stimmen, auf die sozialdemokratischen Kandidaten fielen 88 bis 97 Stimmen. Das „Köpn. Dampf.“ giebt seiner Freude über die Niederlage der Sozialdemokraten in folgenden Worten Ausdruck: „Das Resultat der Sozialdemokraten dürfte bei manchen Bewunderung erregen. Man dürfte davon überzeugt sein, daß nach Aushebung des Sozialistengesetzes die Sozialdemokratie ihren Höhepunkt überschritten habe und der ruhigere Theil der Arbeiter sich immer mehr von dem agitatorischen Treiben der sozialistischen Führer abwenden werde.“ Tags zuvor hatte das erwähnte Blatt das Flugblatt unserer Genossen zum Abdruck gebracht und daran eine Kritik geknüpft, die gewiß auch bei manchen Bewunderung erregt hat. Was in dem Flugblatt an Erleichterungen gefordert wurde, wurde als die „bekannten Klagen“ bezeichnet. In Köpenick würden die Arbeiter von den Steuern gewiß nicht befreit. Die Forderungen „unentgeltliche Arztbesuche und Arznei“ seien geradezu maßlos. Die Armenpflege Köpenick's sei mütterlich. Gegen diese, die Tausende und Abertausende in die Ditteln der Bedrängten stecken lasse, einen Vorwurf zu erheben, erscheine geradezu leichtfertig. In sanitärer Beziehung werde bald Vieles besser werden, es sei schon gar Manches „in Erwägung gezogen“ worden u. s. w. Zum Schluss meint das Blatt, daß es zwar kein Unglück wäre, wenn ein paar Sozialdemokraten in die Stadtverordneten-Versammlung gewählt würden, dieselben hätten dann Gelegenheit, zu erfahren, daß das Kritifiren sehr leicht, das Befürworten aber sehr schwer sei.

Wenn dem Blatt wirklich daran liegt, ein paar Sozialdemokraten gewählt zu sehen, dann braucht es nur dafür einzutreten, daß jeder Steuerzahler das Wahlrecht erhält und daß er von der Zahlung des Bürgergeldes befreit wird. Bei der diesmaligen Wahl war das Wahlrecht noch dadurch beschränkt, daß nach 6 Uhr kein Wähler mehr in das Rathhaus hinein gelassen wurde, während dasselbe früher bis 7 Uhr geöffnet war. Für die Arbeiter, die bis 6 Uhr beschäftigt sind, war dies mit dem Ausschließen vom Wahlrecht gleichbedeutend. Die Hälfte der sozialdemokratischen Wähler sind so wie so vom Wahlrecht ausgeschlossen, weil sie nicht in derjenigen Steuerklasse eingeschätzt sind, welche notwendig ist, um Bürgergeld zu bezahlen. Und wer nicht 9—18 Mark Bürgergeld bezahlt hat, besitzt kein Wahlrecht. Als Ausflucht kann übrigens berichtet werden, daß einer der sozialistischen Wähler eine Einladung zur Wahl erhielt und auch sein Wahlrecht ansah, ohne daß er Bürgergeld gezahlt hätte. Die Wählerlisten müssen also doch nicht so ganz stimmen. Was neuem war auch wieder die Erfahrung zu machen, daß viele Wähler der Wahl fern blieben, weil sie sich nicht trauten, Farbe zu bekennen aus Furcht vor Maßregelungen, denen sie sich eventuell aussetzen könnten. Wenn heutzutage ein Arbeiter seine Stelle verliert, so ist das für ihn gleichbedeutend mit dem wirtschaftlichen Ruin. Arbeit findet er jetzt im Winter nicht wieder. Wenn trotzdem die Sozialdemokraten in den Wahlkampf eintraten und 97 Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigten, so thaten sie das weniger in der Erwartung, einen der Ihrigen gewählt zu sehen, als um Protest zu erheben gegen das Reglement, welches die Besizhenden im Köpenicker Rathhaus führen. Und dieser Zweck ist so vollkommen erreicht worden, daß die Wahlbeteiligung auch bei späteren Wahlen erfolgen wird.

Bei dem großen Skandalprozess, der augenblicklich im Noabdt gegen Herrn Ahlwardt verhandelt wird, scheint, wie die bürgerlichen Blätter behaupten, der Haupttreib der Angeklagten darin zu bestehen, daß er eine Vertagung und dadurch eine mögliche Verschleppung des Urtheils anstrebt. Eine Vertagung der Sache hat für Ahlwardt gar keinen Zweck, sie würde ihm auch keinen Vortheil bringen. Sein Prozess ist bis zum Termin der Entscheidung, nämlich am 5. Dezember, doch noch nicht entschieden, und seine eventuelle Wahl würde die Verhandlung beim Reichsgericht doch verzögern.

Die Arbeiter-Wochenfahrkarten dürfen bekanntlich nur benutzt werden zur Hinfahrt bis 8 Uhr Morgens und zur Rückfahrt von 4 Uhr Nachmittags ab. Das ist eine Bestimmung der Bahnverwaltung, welche streng innegehalten werden muß. Die Banarbeiter haben unter derselben im Winter viel zu leiden. Es kommt bei der jetzigen Jahreszeit sehr häufig vor, daß dieselben die Arbeit plötzlich einstellen müssen: es fällt Schnee, die Kälte setzt unvermuthet ein, es fehlt an Material u. s. w. Da

ist für die Banarbeiter, welche außerhalb wohnen und auf Wochenfahrkarten abonniert sind, guter Rath theuer. Sie müssen die Rückfahrt extra bezahlen, wozu nicht jeder im Stande ist. Der Verdienst im Winter ist so knapp, daß mit jedem Groschen gerechnet werden muß und wenn die Woche zwei bis drei Mal der Rückfahrtpreis extra gezahlt werden soll, so macht sich diese Ausgabe schon recht fühlbar. Zu Fuß den oft Stunden langen Weg zurückzulegen ist bei der Kälte auch kein Vergnügen, man kommt bis auf die Knochen durchfrieren und abgeht zum Erbarmen zu Hause an. Blicke noch die Eventualität Nummer drei: zu warten bis die vierte Nachmittagsstunde herangekommen ist. Aber wo? Man kann doch nicht stundenlang auf dem Perron auf- und ablaufen und der Besuch eines Kofales verbietet sich von selbst, dazu haben die Banarbeiter jetzt kein Geld. Die Stadt- und Ringbahn-Verwaltung könnte mit einem Federstrich Abhilfe schaffen, sie brauchte nur während der Wintermonate zu gestatten, daß die Rückfahrt zu jeder beliebigen Zeit angetreten wird. Daß hierdurch der Bahn irgendwelche Nachteile erwachsen, ist nicht wohl möglich und somit fielen der hauptsächlichste Grund fort, auf der bisher üblichen Praxis zu verharren. Vielleicht hat die Verwaltung ein Einsehen!

Haussuchungen nach anarchoisistischen Schriften wurden, wie die „Post“ berichtet, gestern Vormittag von der Kriminalpolizei im Auftrage des Untersuchungsrichters in der Straßgasse wieder Feinert und Genossen (geheime Verbindung §§ 128, 129 des Strafgesetzbuches) vorgenommen. Bei dem Klempner G. wurden dabei 5 Exemplare des neuen Wintermärchens, 4 Hefte der anarchoisistisch-kommunistischen Bibliothek, 1 Band von „Die Anarchisten“ von John Henry Mackay und einige ältere Nummern des „Sozialdemokrat“ mit Beschlag belegt.

Vertrauen müsse der Besucher einer Bade-Anstalt, die einem öffentlichen Orte gleich zu achten sei, den dort Angestellten schenken können, deshalb sei, so führte die zweite Strafkammer des Landgerichts I vor einigen Tagen in einer Verhandlung gegen einen des Diebstahls angeklagten Badedienstler aus, der Mißbrauch dieses Vertrauens durch einen dieser Angestellten besonders streng zu bestrafen. Und der Badedienstler, der das Portemonnaie eines Badegastes um zwei Zwanzigmarskstücke erleichtert hatte, wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt. Die Badedienstler, welche hiernach ein wichtiges Vertrauensamt bekleiden, werden bekanntlich besonders niedrig, in vielen Anstalten sogar gar nicht bezahlt und sind in erster Linie oder ausschließlich auf Trinkgelder angewiesen. Da ist die Versuchung zum Stehlen, wenn nicht entschuldigt, so doch begreiflich, zumal wenn das Trinkgeld Jahre hindurch seinen entsetzlichen Einfluß auf die ausgedehnte „Vertrauensperson“ ausgeübt hat. Solche Widersprüche sind wirklich nur in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung möglich.

Ein nettes Fräulein. Bürgerliche Blätter berichten: In einem Gasthause der Friedrichstraße hatte sich bekanntlich dieser Tage ein junger Mann von außerhalb durch einen Schuß in den Kopf zu tödten versucht. Der Lebensmüde ist der 17jährige Schreiber Karge aus Hamburg, der Sohn eines dortigen wohlhabenden Bürgers, und war bei einem dortigen Rechtsanwalt beschäftigt. In dem Bureau desselben hatte sich Karge eine strafbare Handlung zu Schulden kommen lassen, die der Vater durch Zahlung von 4000 M. zu unterdrücken suchte. Trotzdem wurde Karge zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt. Die Angehörigen suchten nun beim Hamburger Senat die Begnadigung oder die Umwandlung der Haft in Geldbuße herbeizuführen. Obwohl die Sache noch schwebte, verlor der junge Mann den Muth, er entfernte sich am vergangenen Donnerstag heimlich aus der elterlichen Wohnung, nahm aber 600 M. und die goldene Uhr und Kette seines Vaters mit und reiste nach Berlin. Hier nahm er im Gasthaus zur Friedensstraße, Friedrichstraße 26, Wohnung und verschwendete das gestohlene Geld in unsinniger Weise. In einem Lokal mit Damenbedienung in der Besselstraße soll der Bursche am Freitag Nachmittags nicht weniger als 400 M. verprascht und dort auch die goldene Uhr für 25 M. verlegt haben. Dann verpfändete er seinen Ring in einem Lokal in der Puttkamerstraße und kaufte sich einen Revolver. Er schloß sich gegen Abend in seinem Zimmer ein und jagte sich eine Kugel in den Kopf, durch die das Stirnbein zerlegt und das rechte Auge völlig zerstört wurde. Eine Viertelstunde nach der That traf der Vater, der durch Zufall die Adresse des Sohnes erfahren hatte, in dem Gasthause ein und konnte nur noch die Ueberführung des leichtsinnigen Burschen, der hoffnungslos darniederliegt, nach dem Krankenhause am Urban veranlassen. Gegen den Wirth, bei dem der junge Mensch die 400 M. „alle gemacht“ hat, ist die polizeiliche Untersuchung eingeleitet.

Zu rekonoszieren sind eine Anzahl Werthsachen, die bereits im Herbst 1891 gestohlen worden sind, deren Eigenthümer aber bis jetzt noch nicht haben ermittelt werden können, nämlich eine goldene Damen-Remontoiruhr mit dem Monogramm E. G. nebst Kette, drei neusilberne Löffel, gezeichnet G. R., drei silberne Theelöffel, auf der Vorderseite E. G. und auf der Rückseite A. G. gezeichnet, eine goldene Damen-Remontoiruhr mit der Nummer 73070, eine goldene Ringelkette mit Fuchseln und eine goldene Broche aus 4 Stäben mit zwei weißen Perlen und einem blauen Stein. Die Sachen können bei der Kriminalpolizei besichtigt werden.

Ein Unglücksfall mit tödtlichem Ausgange hat sich vorgestern Nachmittags ereignet. Der sechsjährige Sohn Wilhelm des Tischlermeisters R. wollte sich kurz vor zwei Uhr nach der Schule begeben, als auf dem Grundstück Swinemünderstr. 70 der Kutscher Friedrich L. einen Geschäftswagen herausfuhr. Der Knabe, der den Wagen nicht rechtzeitig bemerkte hatte, konnte ihn nicht mehr ausweichen und gerieth unter die Räder, die ihm den Schädel zermalmen. Der Tod trat sofort ein.

Die dunkle Angelegenheit, über die wir gestern berichtet haben, ist nunmehr aufgeklärt worden. Der „Arbeiter“ Ritsche, der aus dem Mühlengraben heraus festgenommen wurde, war mit zwei Genossen zusammen am Sonntag Abend um 9 zu stehen in die Wohnung des Rechtsanwalts D., am Schloßplatz 9, mittels Nachschlüssels eingedrungen. Bei der besten Arbeit wurden sie von dem Dienstmädchen überrascht, dessen Hilferufe die Verbrecher in die Flucht trieben. Aber auch auf der Straße war man aufmerksam geworden und es entspann sich eine wilde Jagd hinter den Dieben her, von denen zwei ihren Weg durch die Brüderstraße nahmen und entkamen, während Ritsche sich durch die Spreestraße in eine Sadgasse vermannete. Schließlich suchte er den Mühlengraben auf. Er ist ein bereits mit Zuchthaus bestraffter Einbrecher und steht auch gegenwärtig noch unter Polizei-Aufsicht.

Marktpreise in Berlin am 29. November, nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 16,20—15,70 M., mittlerer von 15,50—15,10 M., geringer von 15,00—14,50 M. Roggen per 100 Kg. „er von 13,60—13,30 M., mittlerer von 13,20—13,00 M., geringerer von 12,90—12,60 M. Gerste per 100 Kg. gute von 17,00—16,00 M., mittlere von 15,90—15,00 M., geringe von 14,90—14,00 M. Hafer per 100 Kg.

guter von 16,20—15,40 M., mittlerer von 15,30—14,80 M., geringer von 14,50—13,70 M. Stroh, Nicht per 100 Kg. von —. Markt. Heu per 100 Kg. von —. Markt. Erbsen per 100 Kg. von 40,00—25,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Binsen per 100 Kg. von 80,00 bis 30,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 6,00—4,00 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,00—1,10 M. Bauchfleisch per 1 Kg. von 1,40—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,50—1,10 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—1,00 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,80 bis 2,00 M. Eier per 60 Stück von 5,00—3,00 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,20 M. Kalle von 2,80—1,20 M. Zander von 2,40—0,80 M. Hechte von 1,80—1,00 M. Barsche von 1,60—0,70 M. Schleie von 2,50—1,00 M. Aale von 1,40 bis 0,70 M. Krebse per 60 Stück von 12,00—2,00 M.

Polizeibericht. Am 28. d. M. Nachmittags wurde ein Kammerdiener an der Ecke der Leipziger- und Kommandantenstraße durch einen Kollwagen überfahren und am Hinterkopfe bedeutend verletzt. — Vor dem Hause Swinemünderstr. 70 gerieth ein sechsjähriger Knabe unter einen aus dem Hause fahrenden Geschäftswagen und wurde durch Ueberfahren auf der Stelle getödtet. — Bei einer Besichtigung des Hauses Lüberstraße 33 fiel der Eigenthümer Damrecht von einer in den Keller führenden Treppe und brach das Genick. Er wurde nach dem Kranken-hause Noabdt gebracht, wo er bald darauf verstarb. — Ein Arbeiter wurde vor dem Hause Alexanderstr. 45 durch einen Kollwagen überfahren und am Arm und Bein bedeutend verletzt. — Bei der Vertheilung des Arbeitsnachweises des „Berliner Lokal-Anzeigers“ in Hause Zimmerstr. 40/41 wurde ein Mädchen von den zahlreich Versammelten gegen die Wand gedrückt und erlitt eine Verletzung des Handgelenks, so daß es in Weintränke verfiel. — Abends sprang ein polizeilich gefuchter Arbeiter, um sich der Verhaftung zu entziehen, aus einem Fenster der im Erdgeschoß des Hauses Altfaßbühlstraße 2 belegenen Wohnung seiner Frau auf den Hof hinab und brach ein Bein. Er wurde nach der Charitee gebracht. — In der Nacht zum 29. d. M. wurde vor dem Hause Wademarstraße 20 ein Kriminalschußmann mit einer anscheinend von einem Falle herrührenden schweren Verletzung am Kopfe aufgefunden und nach seiner Wohnung gebracht, wo er bald darauf verstarb. — Am 28. d. M. und in der darauffolgenden Nacht fanden acht Brände statt.

Gerichts-Beitrag

Ahlwardt und die „Judenflinte“.

Vor der 2. Strafkammer hiesigen Landgerichts I begannen heute die Verhandlungen gegen den Rektor Hermann Ahlwardt. Derselbe wird beschuldigt:

im April und Mai d. J. durch zwei verschiedene Verhandlungen den Direktor Jodor Löwe, den Oberstleutnant a. D. Kühne, die königl. Büchsenmacher Klett, Böhner und Holz, sowie den Oberbüchsenmacher Ritz in Spandau verleumdend beleidigt zu haben, indem bei den Beschuldigungen gegen Löwe und Kühne zugleich der § 187 Str.-G.-B. in Frage kommt, da die gegen dieselben aufgestellten beleidigenden Thatsachen wider besseres Wissen behauptet worden sein sollen.

Im April d. J. erschien in Verlage von Götz in Dresden eine vom Angeklagten verfaßte Broschüre: „Neue Enthüllungen. Judenflinte“, welcher im Mai eine zweite Broschüre mit demselben Titel folgte. Beide Broschüren enthalten schwere Anschuldigungen gegen die beiden Direktoren der Ludwig Löwe'schen Gewehrfabrik, gegen das Arbeitspersonal der Firma und gegen die zur Kontrolle, Revision und Abnahme der für den Staat gefertigten Gewehre bestimmten Militärpersonen. Der Angeklagte stellt in den Broschüren die Behauptung auf, daß der Staat bei der Herstellung und Lieferung der in der Löwe'schen Fabrik gefertigten Gewehre in ungeheurer Weise betrogen worden sei und daß die Gewehre in jeder Hinsicht kriegsunbrauchbar und mißwerthig und in den Händen der Soldaten eine diesen selbst gefährliche Waffe seien, wie vielfaches Zerispringen der Gewehrläufe bei den einzelnen Truppentheilen beweise. Insbesondere wird behauptet: 1. Von den Leitern der Löwe'schen Fabrik, Herren Jodor Löwe und Oberstleutnant a. D. Kühne seien absichtlich und wissenschaftlich schlechte Gewehre hergestellt und geliefert zu dem hoch- und landesverrätherischen Zweck, dem deutschen Soldaten ein Gewehr in die Hand zu geben, welches im Felde seinen Dienst versagt und in der Absicht, unsere Armee, wehrlos zu machen, um demnach auf den Trümmern des deutschen Vaterlandes die jüdische Welt Herrschaft aufzurichten. Dem Direktor Jodor Löwe wird insbesondere behauptet, daß er dabei im Auftrage der Alliance israelito universale gehandelt habe. 2. Abgesehen von diesem Zwecke seien auch des Erwerbs willen in betrügerischer Absicht falsche und untaugliche Gewehre hergestellt und geliefert worden. 3. Um dies zu erreichen, seien durch die Leiter der Fabrik die Büchsenmacher Klett, Böhner und Holz und der Oberbüchsenmacher Ritz betrogen worden.

Diese schweren Beschuldigungen ziehen sich durch beide Broschüren und lehnen fast auf jeder Seite wieder. Der Vorwurf des Landesverraths wird noch dadurch erweitert, daß behauptet wird: gleich zu Beginn der Fabrication seien mindestens 3 Gewehre mit regelrechten Füssen ins Ausland gegangen.

Die Hauptfabrik von Ludwig Löwe u. Co. befindet sich bekanntlich in der Hollmannstr. 32/33, außerdem besitzt die Fabrik Filialen in der Gieschinerstraße und in Martinikensfelde. Durch Vertrag mit dem Staate hatte die Fabrik die Herstellung von 425 000 Gewehren, Modell 88, in Auftrag. Die Broschüre behauptet nun, daß der Staat mit Hilfe eines großartigen Betruges mit drei Vierteln der Löwe'schen Gewehre betrogen sei. Die Füsse seien von so schlechtem Material und so schlecht ausgehölet, daß im Felde sich fast alle Füsse lösen würden. Der Staat sei kurz vor Schluß der Lieferung auch dahinter gekommen und habe von 6000 Gewehren, die noch in Spandau standen, die Füsse abschlagen und die Gewehre zurückgeben lassen. Die Läufe seien aus so schlechtem Material gemacht, daß beim Laufbeschuß, wo doppelte Ladung genommen ward, regelmäßig mehrere gelacht seien. Auch beim Anschuß mit gewöhnlichen Patronen seien wiederholt Gewehre gesprungen. Verbotswidrig seien ferner sämtliche Gewehre durch Schmitzel und Del gereinigt worden und zwar in der Absicht, minderwertige Gewehre zu liefern. Von den in die Reparaturwerkstatt zur Umarbeitung des Laufes zurückgeschickten Gewehren sei mehr als die Hälfte „gebrochen“, oder „gekautsch“ worden. Ein solches Gewehr schieße bei starker Erhitzung wohl am die Ecke, bestehe aber keine Treffsicherheit. Um beim Anschuß die Kommission zu betriegen, habe man ein Leinwandstück mit gewöhnlichen Gerieben. Der Scheibenstand sei nicht von Soldaten, sondern von Arbeitern der Fabrik bedient worden. Jede Scheibe besaß die laufende Nummer und Hauptnummer des Gewehrs, mit dem auf diese beschoffen wurde. Hinter diese Scheibe wurde eine andere nicht beschriebene gestellt, die dann durch die Geschosse mit

durchlöchert wurde. Sahen die Schiffe gut, so wurde die zweite Schiffe mit der Gewehrnummer eines nicht zum Schiffe gekommenen Gewehres versehen, dann dem Offizier vorgelegt, der in der Liste das Gewehr mit „d“ bezeichnete, worauf es gestempelt wurde und zur Abnahme gelangte. Da auf 10 Ständen geschossen wurde, der Offizier aber genug mit der Prüfung der Schussliste zu thun hatte, so war es ihm ganz unmöglich, die Zahl der abgegebenen Schüsse festzustellen. So gelangten allmählich viele Laufende von Gewehren zur Abnahme, aus denen niemals geschossen war. Wenn nicht vier Schuss fassen, kann das Gewehr zum Kornschleifer oder in die Reparatur-Werkstatt. Obgleich es dann auch zum zweiten Male schlecht schoss, sei es, wie die Broschüre behauptet, gar oft abgenommen worden, weil eine betrügerische Unterlassung der Umrüstung der gut sitzenden Schussstellen stattgefunden hatte. Am in Spandau nicht entdecken zu lassen, daß mehr Gewehre abgeliefert wurden, als mit Bezug auf die Zahl der verschossenen Patronen möglich sei, habe ein Arbeiter Gans täglich nach Feierabend aus dem in den Händen eines Offiziers befindlichen Patronenlosten mittels Nachschlüssels eine bestimmte Anzahl Patronen hehlen müssen. Ferner seien unzählige Gewehre durch den Meister Stangenberg mit der Hand abgestempelt und in den Lagerräumen gestellt worden, obgleich dieselben gar nicht zum Schusse gekommen waren. Die gut befindlichen Gewehre seien unter Aufsicht eines Offiziers zu je 500 in Wagen geladen, welche mit einer Bombe geschossen wurden. Der Arbeiter Gans habe Zutritt zu der Bombenzange gehabt, spät Abends die Bomben von den Wagen abgenommen, einen Theil der Gewehre wieder herausgeholt und dieselben durch Gewehre ersetzt, welche falsch abgestempelt waren. Hierzu macht die Broschüre die Bemerkung: „Die viele der guten, wirklich durchgeschossenen Gewehre ins Ausland gegangen sind, wird wohl festzustellen sein.“ Schließlich wird gesagt: „Aus denjenigen Gewehrtheilen, die den Arbeitern als ungenügend verworfen und nicht bezahlt worden sind, hat man nachträglich Tausende von Gewehren hergestellt, die dann in Kisten verpackt und als „Eisentheile mit Holz verbunden“ nach Hamburg geschickt wurden.“

Besüglich der oben genannten Wächsmacher wird behauptet, daß sie bestochen worden seien und monatliche Rente von der Voemischen Fabrik bezogen hätten. Auch seien dieselben tagtäglich reichlich mit allem bewirthet worden. Vor den unbedenklichen Offizieren habe man sich durch Aufstellung beständiger Louperpoken geschäftig, so daß alle Unregelmäßigkeiten immer rechtzeitig beseitigt werden konnten.

Dies sind im allgemeinen die Anschuldigungen, welche in den Broschüren erhoben werden. Dazu kommt noch eine ganze Reihe von persönlichen Beleidigungen gegen die Direktoren Löwe und Kühne. Es wird n. A. ein Auspruch Montesquiers mitgetheilt: „Die Christen sollen zufrieden sein, wenn wir ihnen die Augen zum Weinen lassen.“ Daran wird die Bemerkung geknüpft: „Jest steht, daß Jhdor Löwe diesen graumollsten Fluch, den je ein Jude über uns gesprochen, heute schon durch die That glücklich überboten hat.“ Dann heißt es an einer anderen Stelle, daß die Hauptschuldigen die Juden Löwe und Kühne seien. Letzterer stammt aus einer von Alters her christlichen Familie, der Angeklagte behauptet aber, daß er von Juden stamme, welche Kohn hießen. Löwe und „Kühne alias Kohn“ hätten den Staat betrogen, die Bekehrung der Arme zum Theil untergraben und das Leben Tausender braver Soldaten gefährdet. An einer anderen infamirten Stelle werden die beiden Direktoren als „gefährliche Ganner“ bezeichnet und an anderen Stellen noch andere starke Beleidigungen gegen dieselben gerichtet.

Bei der Bedeutung dieser ganzen Angelegenheit hatte der Oberstaatsanwalt in Leipzig das gerichtliche Ermittlungsverfahren eingeleitet, ferner war durch die Militärbehörde gegen die oben genannten Wächsmacher und einen bei dem Ankauf der Gewehre thätig gewesenem Sergeanten die militärgerichtliche Untersuchung eingeleitet und durchgeführt worden. Alle diese Untersuchungen haben jedoch zur Einstellung des Verfahrens gegen die Militärpersonen geführt, und es haben demnach die Vorgerichten den Strafantrag gegen Kshwardt gestellt. Inzwischen hatten auch Jhdor Löwe und Oberlieutenant a. D. Kühne Strafantrag gestellt und es wurde die Voruntersuchung gegen den Angeklagten eröffnet.

Sowohl die bei dem Militärgericht, als dem Zivilgericht geführten Untersuchungen haben nach Ansicht der Anklagebehörde die völlige Grundlosigkeit der gegen die beiden Direktoren und die vier Militärpersonen erhobenen Vorwürfe des Hoch- und Landesverrats, des Betruges und der Verletzung ergeben. Bezüglich des Fortschaffens von Gewehren ins Ausland hat der Oberstaatsanwalt auf Grund eingehender Untersuchung die weitere Verfolgung mangels Thatbestandes eingestellt. Der öffentliche Ankläger steht auf dem Standpunkte, daß der Angeklagte in dieser Beziehung einen ganz unverfänglichen Vorgang geschehenlich entsetzt und somit wider besseres Wissen verheimlicht hat.

Auch bezüglich der angeblichen Betrügereien bei der Verfertigung und Ablieferung der Gewehre haben in der Voruntersuchung umfassende Ermittlungen stattgefunden. Auf Grund zahlreicher Gutachten des sächsischen und des preussischen Kriegsministeriums und anderer Sachverständiger, sowie auf Grund des Ergebnisses persönlicher Wahrnehmungen geht die Ansicht der Anklagebehörde dahin: es sei in ungewisserhafter und unansehnlicher Weise festgestellt, daß die von der Löwe'schen Fabrik gelieferten Gewehre vollkommen kriegsbrauchbar und keineswegs minderwertig seien, vielmehr allen berechtigten Anforderungen entsprechen und qualitativ den aus anderen Fabriken, insbesondere den Jgl. Fabriken, bezogenen nicht nachstehen. Auch seien bei den Truppen bisher keineswegs ungünstige Resultate mit den Löwe'schen Gewehren erzielt worden. Mit den praktischen Erfahrungen bei den Truppen ständen im Einklange die wiederholten Schießproben, die auf Veranlassung des Untersuchungsrichters stattgefunden haben. Durch die Untersuchung, auf welche sich die Anklagebehörde stützt, sollen die Behauptungen der Broschüre über statige Sprengungen und Verletzungen als widerlegt zu erachten sein. Alle in der Broschüre aufgeführten Sprengungsfälle bei den Truppen sollen sich außerdem gar nicht auf Löwe'sche Gewehre, sondern auf Gewehre aus anderen Fabriken beziehen. Endlich steht die Anklagebehörde auf dem Standpunkte, daß sie die Thatfache, daß Unregelmäßigkeiten vorgekommen, nicht in Abrede stellen wolle; sie meint aber, daß dieselben in ihrem Umfange und ihren Folgen sehr erheblich übertrieben seien und auf die Qualität der Gewehre keinen nachtheiligen Einfluß geübt haben. Daß Löwe von diesen Unregelmäßigkeiten, welche das Personal bezogen, Kenntniß gehabt, erscheint der Anklagebehörde ganz ausgeschlossen, da derselbe der Ausführung und dem Fortschritte, dem Anschaffe und der Ablieferung völlig fernstehe; bezüglich des Direktors Kühne aber habe die Untersuchung auch nicht den überzeugenden Beweis geliefert, daß er die Unregelmäßigkeiten begünstigt habe. Die von Kshwardt benannten Haupt-Veranstaltungen will die Anklagebehörde als „Kassische“ nicht anerkennen, und zwar mit Rücksicht auf ihre Vorstrafen, auf die zu beweisende Thatfache, daß sie auf Grund ihrer Aussagen Geld von Kshwardt und anderen Personen bekommen, daß sie selbst jene Pflichtwidrigkeiten begangen haben und von feindseliger Bekanntschaft gegen die Leiter und Meister der Löwe'schen Fabrik erfüllt sein sollen.

Die Verhandlungen haben unter großem Andränge des Publikums im großen Schwurgerichtssaale statt. Außer zahlreichen Berichterstattern wohnen auch zwei Stenographen der Verhandlung bei.

Den Vorsitz führt Landgericht-Direktor Brausewetter, die Anklage vertritt Erster Staatsanwalt Drescher, die Verteidigung führt Rechtsanwalt Hertwig. Die Direktoren Jhdor Löwe und Oberlieutenant a. D. Kühne sind als Nebenkläger zugelassen, ihnen stehen Justizrath Gertb und Rechtsanwalt Munkel zur Seite. Unter den 62 Zeugen befinden sich zahlreiche höhere Offiziere, als Sachverständige

sind Oberlieutenant von Sohnid, Oberlieutenant von Sochnid, Hof-Wächsmacher Parella geladen. Da für die Sache mehrere Verhandlungstage angelegt sind, wird eine große Anzahl von Zeugen für heute entlassen.

Vor Eintritt in die Verhandlung nimmt der Erste Staatsanwalt Drescher das Wort zu etwa folgenden Ausführungen: Ich möchte hier vorweg die Frage erörtern, ob und in wie weit die Oeffentlichkeit auszuschließen sei im Hinblick auf § 170 des Gerichtsverfassungsgesetzes. Ich gebe ohne weiteres zu, daß dieser Prozeß eine eminent politische Bedeutung hat und zwar wegen derjenigen Behauptungen, welche der Angeklagte bezüglich der Unbrauchbarkeit, Kriegsunfähigkeit und Minderwertigkeit der von der Löwe'schen Fabrik dem Staate gelieferten Gewehre, bezüglich des von Herrn Jhdor Löwe angelegentlich begangenen Hochverrats und wegen der Beleidigungen, die er gegen eine ganze Reihe höherer Militärbeamten gethan. Wenn auch nur ein ganz kleiner Theil dieser Behauptungen richtig wäre, dann würde die Nothwendigkeit gegeben sein, einen Antrag auf Ausschluß der Oeffentlichkeit zu stellen. Da aber nach der Voruntersuchung sich herausgestellt hat, daß alle Behauptungen des Angeklagten durchweg auf Erfindung beruhen, daß die von der Firma Löwe und Komp. dem Staate gelieferten Gewehre brauchbar, kriegsunfähig und vollwertig sind, so habe ich, und zwar im Einverständnisse mit der Heeresverwaltung keinen Anlaß, einen Antrag auf Ausschließung der Oeffentlichkeit zu stellen. Ich begrüsse es als eine willkommene Gelegenheit, daß es nun möglich sein wird, auch in öffentlicher Gerichtsverhandlung die Behauptungen des Angeklagten als unwarhaft festzustellen. Aber es kann sehr wohl möglich sein, daß im Laufe der Verhandlung solche Thatfachen zur Erörterung gelangen, bei denen das Staatsinteresse wesentlich in Frage tritt. Sollte derartige Vorkommen, so wird Gelegenheit gegeben sein, die Oeffentlichkeit abzuweisen auszuschließen. Da es uns allen aber nicht möglich ist, zu beurtheilen, wann aus militär-technischen Gesichtspunkten heraus dies geboten ist, so ist auf meinen Wunsch vom Kriegsministerium der Oberlieutenant von Sohnid als Sachverständiger hieher delegirt worden. Ich will bei dieser Gelegenheit noch einen Punkt hervorheben. Im hiesigen „Kleinen Journal“ ist die Unterredung veröffentlicht, welche ein Redakteur dieses Blattes mit dem Angeklagten in Pflanzhof gehabt hat. In derselben soll der Angeklagte seine Abkühlung bezeugt haben, den Inhalt der beschuldigten Broschüren dadurch in die Oeffentlichkeit zu bringen, daß er zwei Stenographen sich von der „Staatsbürger-Zeitung“ schicken läßt. Ich muß hervorheben, und dies gilt namentlich den anwesenden Vertretern der Presse, daß es ein Verbrechen ist, wenn angenommen wird, daß die Wiederberga einer Gerichtsverhandlung, selbst wenn sie der Wahrheit entspricht, straflos ist.

Rechtsanwalt Hertwig: Meiner Ansicht nach ist die Voruntersuchung ganz einseitig geführt worden und ich halte es nicht für richtig, wenn der Erste Staatsanwalt vor Beginn der Verhandlung erklärt, daß durch die Voruntersuchung die völlige Haltlosigkeit der inkriminirten Behauptungen erwiesen sei. Ich bitte, die Oeffentlichkeit im vollen Umfange stattfinden zu lassen, damit das Rechtsbewußtsein im Volke nicht Gefahr laufe getrübt zu werden, wie dies bei mehreren Sensationsprozessen der letzten Zeit der Fall gewesen ist.

Angell: Ich muß gegen die vorangegangene Erklärung des Herrn Ersten Staatsanwalts Verwahrung einlegen, da ich dadurch in meinem Rechtgefühl gekränkt werde. Ich bin überzeugt, daß nicht nur das, was ich behauptet, sondern noch mehr bewiesen werden wird. Ich bitte auch dringend darum, die Verhandlung nicht unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden zu lassen. Sollten in der Verhandlung Punkte zur Sprache kommen, wodurch das Staatsinteresse gefährdet werden könnte, so sagt mir schon mein patriotisches Gefühl, daß während dieses Theils der Verhandlung ein Ausschluß der Oeffentlichkeit gerechtfertigt erscheint.

Rechtsanwalt Hertwig: Ich habe einen Vertagungsantrag zu stellen. Der Angeklagte hat bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts II den Antrag gestellt, gegen den Oberlieutenant a. D. Kühne das Strafverfahren wegen Betruges zu erheben. Auf Grund des § 191 des Gerichtsverfassungsgesetzes will die Verhandlung gegen den Angeklagten vertagt werden, bis eine Entscheidung seitens der Staatsanwaltschaft erfolgt ist.

Erster Staatsanwalt: Dem Angeklagten habe ich auf seine Bemerkungen zu erwidern: Ich habe nur das Ergebnis der Voruntersuchung geprüft und das ist mein gutes Recht. Es hat mir fern gelegen, das Rechtsbewußtsein irgend eines Menschen zu verletzen, oder dem Gang der Hauptverhandlung vorzueilen zu wollen. Ich muß noch einmal zu meinem Bedauern auf den Bericht in dem „Kleinen Journal“ zurückkommen. Leider ist die Persönlichkeit des Berichterstatters nicht von dem Einsatze gewöhnlichen Gefängnisstrafen festgestellt worden und auch der Angeklagte soll ihn nicht gekannt haben. Es soll demselben vielmehr eine Falle gelegt worden sein. In jenem Bericht über die Unterredung mit dem Angeklagten wird eine Aeußerung des letzteren wiedergegeben, wonach er sein ganzes Bestreben dahin richten wolle, eine Vertagung der Verhandlung zu erzielen, bis seine Wahl als Reichstagsmitglied entschieden sein werde. Daraus geht hervor, daß es auf eine Verschleppung abgesehen ist. Hierfür spricht auch die Wahl der Behörde, bei der der Antrag des Angeklagten gestellt ist. Wenn der Antrag bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts I gestellt wäre, so könnte eine Entscheidung dieser Behörde schon vorliegen und damit würde eventuell ein Vertagungsgrund fortfallen. Ich werde mich auf zwei Zeugen darüber berufen, daß es nur um eine Verschleppung zu thun ist. Der Artikel im „Kleinen Journal“ ist mit den Buchstaben R. S. unterzeichnet und da einer der Redakteure des „Kleinen Journals“ Rudolf Saling heißt, so gehe ich nicht fehl, wenn ich diesen für den Verfasser im Gefängnisse und für den Verfasser des Artikels halte. Ich werde ihn und den Gefängnis-Inspektor Schmidt, welcher der Unterredung beigewohnt hat, laden lassen.

Rechtsanwalt Hertwig: Ich muß den Angeklagten gegen den Vorwurf der Verschleppung in Schutz nehmen: Das Zeugniß eines Mannes, der sich in einer Weise benommen hat, wie es in der Journalistik wohl noch nicht dagewesen ist, kann irgend ein Gewicht nicht haben. Wenn der Angeklagte seinen Strafantrag gegen den Oberlieutenant a. D. Kühne beim Landgericht II und nicht beim Landgericht I eingereicht hat, so ist dies darauf zurück zu führen, daß der Oberlieutenant Kühne seinen Wohnsitz in Charlottenburg hat und somit der Gerichtsbarkeit des Landgerichts II untersteht.

Justizrath Gertb: Die Erhebungen, welche der Angeklagte jetzt in seinem Vertagungsantrage verlangt, sind im wesentlichen ja schon seitens des Militärgerichts und seitens des Oberstaatsanwalts gemacht worden.

Angell: Ich möchte meinerseits folgendes bemerken. Es hat sich am Sonntag ein Herr bei der Gefängnisverwaltung gemeldet und erklärt: Er sei Mitarbeiter der „Staatsbürger-Zeitung“ und Freund des daselbst beschäftigten Herrn Andersen und komme im Auftrage der Zeitung, um mit mir noch über manches Rücksprache zu nehmen. Der Mann war sehr entgegenkommend, er überreichte mir hinter dem Rücken des Gefängnis-Wärters zwei Zigarren, die mir allerdings sehr schlecht bekommen sind, so daß ich heute noch unwohl fühle. Der Herr Staatsanwalt hat den Mann Saling genannt; es handelt sich also zweifellos um einen Juden, trotzdem der Mann ein jüdisches Aussehen nicht hatte. Ich halte es einer preussischen Staatsanwaltschaft doch nicht für würdig, bei einem Prozesse dieser Art sich auf das Zeugniß eines Juden und eines Mannes von diesem Kaliber zu berufen. Was der Mann berichtet hat, ist zu drei Vierteln Dünge und ein Viertel Wahrheit.

Ein Mann, der sich in so schwindelhafter Weise führt, darf doch kaum eidesfähig sein.

Borsfelder: Ich habe hier vor, daß dem Angeklagten und seinem Verteidiger zur Kenntnis von Zeugen eine Vertagung von 14 Tagen gewährt und daß dann noch eine lange Zeit bis zu diesem Termine verstrichen ist. Ich möchte, um einer Verschleppung der Sache vorzubeugen, heute schon mittheilen, welche Zeugen er geladen zu sein wünscht und nicht wieder, wie der Angeklagte in letzter Zeit wiederholt gethan hat, im allerletzten Augenblicke damit zu kommen. Zeit genug haben beide Herren gehabt, sie haben aber trotz der 14 tägigen Frist kein Wort geäußert.

Rechtsanwalt Hertwig: Ich hätte gewünscht, daß der Staatsanwalt das „Kleine Journal“ mit seinen Sensations-Montagsberichten hier ganz aus dem Spiel gelassen hätte. Wenn aber der Staatsanwalt aus einer Unterredung, die ein jüdischer Journalist sich in einer in der Journalistik wohl noch nicht dagewesenen Weise erlassen hat, Kapital gegen den Angeklagten schlagen will, so muß sich derselbe dagegen verwahren, ebenso wie er sich gegen den Vorwurf verwahrt, mit seiner bei der Staatsanwaltschaft am Landgericht II angebrachten Strafanzeige gegen den Oberlieutenant Kühne eine Verschleppung zu beabsichtigen.

Staatsanwalt: Der Angeklagte hat gemeint, daß etwas einer preussischen Staatsanwaltschaft „nicht würdig“ sei. Ich muß für mich das Recht in Anspruch nehmen, darüber selbst urtheilen zu dürfen, jedenfalls bietet die Persönlichkeit des Angeklagten die allgeringste Gewähr zur Beantwortung der Frage, ob irgend etwas einer Behörde würdig ist oder nicht. Ich werde mich bemühen, durchaus sachlich zu verhandeln und die Beantwortung der Frage, ob etwas meiner Behörde würdig ist, muß schon der Angeklagte mit überlassen. Was seine weitere Verwahrung gegen die Vorladung eines Juden betrifft, so stelle ich mich auf den Standpunkt des Gesetzes und das Gesetz kennt bezüglich der Ladung von Zeugen keinen Unterschied zwischen Juden und Christen. Der Angeklagte behauptet auch fälschlich, daß ich den Verfasser des Artikels kenne. Das ist nicht der Fall, ich habe bis eine Vermuthung ausgesprochen und bitte, mich nicht gefälliglich mitzuverleihen. Wir wollen alle, daß dieser Vorgang möglichst aufgelöst werde, und ist dem Angeklagten wirklich eine Falle gestellt worden, wie er behauptet, so bin ich der erste, der dies verurtheilt. Ich möchte, es läge gerade im Interesse des Angeklagten, wenn der Journalist, der den Bericht verfaßt hat, hier vorgeladen wird.

H. A. Hertwig: Nach meinen Informationen heißt der betreffende Mann gar nicht Saling, sondern Schlohaner. Der Vertagungsantrag des Verteidigers wird hierauf verlesen.

Landgericht-Direktor Brausewetter: Nach Ansicht des Gerichtshofes ist es zur Beantwortung der Frage, ob eine Vertagung einzutreten hat, geboten, zunächst festzustellen, ob eine Denunziation eingegangen, ob darauf bereits verfügt und ob die Strafanzeige etwa zurückgewiesen worden ist.

Die sofort eingeholte amtliche Auskunft der Gerichtsschreiberei der Staatsanwaltschaft am Landgericht II ergibt, daß eine Denunziation dafolch nicht eingegangen ist.

Der Verteidiger macht darauf aufmerksam, daß dieselbe heute bei der Brief-Abnahmestelle abgegeben worden ist. — Borsfelder: Erst heute? Warum ist das nicht schon vor drei Wochen geschehen? — Angell: Gemacht ist die Denunziation schon vor mehreren Tagen. Ich hätte zuerst nicht daran gedacht, daß die Sache solche Entwicklung nehmen sollte, habe die Strafanzeige erst nach Beratung mit meinem Verteidiger gemacht und so ist die Abgabe ohne meinen Willen verspätet worden. — Präsid.: Es läßt sich nicht leugnen, daß die ganze Sache sehr nach Verschleppung riecht. — Der Verteidiger verwahrt den Angeklagten nochmals gegen den letzteren Vorwurf. Derselbe mache lediglich von einem ihm zustehenden Rechte Gebrauch.

Noch langer Pause wird die vom Angeklagten erstattete Strafanzeige verlesen. Auf diese Anzeige ist die Verfügung des Landgerichts II ergangen, wonach die Strafanzeige an die Staatsanwaltschaft am Landgericht I abgegeben worden ist. Der Erste Staatsanwalt, i. B. Grohpietsch, zeigt den Eingang dieser Strafanzeige an und theilt zugleich mit, daß er die selbe am heutigen Tage zurückgewiesen habe.

Rechtsanwalt Hertwig erklärt, daß er sofort Beschwerde gegen diesen Bescheid einlegen werde, da er den Angeklagten im Sinne des § 170 der Straf-Prozessordnung für verurteilt halte. Er bitte die Sache zu vertagen, bis eine rechtmäßige Entscheidung der höchsten Instanz vorliegt. Was die Angelegenheit mit dem „Kleinen Journal“ betrifft, so bemerke er, daß, wenn der betreffende Berichterstatter Saling heiße, es sich um eine Persönlichkeit handle, die schon zweimal wegen Betruges verurteilt sei.

Der Präsident erklärt: In dem Augenblicke, wo der Verteidiger einen Bescheid des Oberstaatsanwalts vorweisen kann, wonach der Staatsanwalt angewiesen wird, der Strafanzeige des Angeklagten Folge zu geben, wird der Gerichtshof natürlich vertagen. Bis dahin wird der Gerichtshof verhandeln.

Rechtsanwalt Hertwig: Ich werde den ganzen Instanzenweg erschöpfen. — Angell: Es ist ein Verbrechen des Ersten Staatsanwalts am Landgericht II, wenn er meint, daß Thabor der Vergehen, die er dem Löwe u. Kühne vorgeworfen, Bericht sei. In der Broschüre ist stets von Martiniquewelde die Rede. Ich bitte doch den Herrn Staatsanwalt, die Sache nochmals an die Staatsanwaltschaft des Landgerichts II zurückzugeben. — Erster Staatsanwalt: Ich meinerseits muß dies ablehnen; für mich ist die ganze Sache zu durchsichtig, daß ich die Hand dazu nicht bieten will. — Rechtsanwalt Hertwig: Die Broschüren sind so umfangreich, daß die Staatsanwaltschaft am Landgericht II unmöglich in einer halben Stunde den Sachverhalt daraus entnehmen kann. Sonst pflegt doch die Staatsanwaltschaft nicht so prompt zu arbeiten. — Präsid.: Wenn dies ein Vorwurf sein soll, so muß ich denselben zurückweisen. — Rechtsanwalt Hertwig: Ich nehme nur das Interesse des Angeklagten wahr.

Hierauf wird um 1/2 Uhr in die materielle Verhandlung eingetreten.

Erster Punkt der Beweisaufnahme bildet einen der unwesentlichsten Fälle der Anklage. Im April 1892 hielt der Angeklagte zu Dresden im Zivoli einen Vortrag, der von dem Lehrer der Stenographie, Max Troemel, stenographisch aufgenommen und dann in der Form einer Broschüre veröffentlicht wurde. Bei der Verlesung der angeblich unzulässigen Gewehre soll der Angeklagte gesagt haben: „Diese Gewehre kommen dann nach Spandau, wo sie vom Ober-Wächsmacher Kirch abgenommen wurden, der ebenfalls bestochen war.“ Wegen dieser Beleidigung hat Kirch den Strafantrag gestellt. Der Angeklagte glaubt nicht, daß die in der Broschüre angeführte Bemerkung genau dem Wortlaute entspricht, wie er ihn in seinem Vortrage gebraucht. Der Zeuge Troemel bekennt dagegen, daß er nur etwa sechs Schritte vom Redner entfernt gewesen habe und glaube, die Nichttheil seiner Wiederberga verbergen zu können. Die Frage des Angeklagten, ob dem Zeugen nicht aufgefallen sei, daß zwischen seinem Manuscript und dem Wortlaute des Drucks Abweichungen vorgenommen worden seien, wird von dem Zeugen verneint.

Der Angeklagte weist darauf hin, daß die Broschüre ohne sein Wissen und Willen herausgegeben worden sei und er deshalb mit dem Herausgeber in Klage liege. — Hiermit ist dieser Fall erledigt.

Da inzwischen der Gefängnisinspektor Schmidt als Nebenkläger erschienen ist, so beschließt der Gerichtshof dessen Vernehmung. Der Zeuge macht folgende Aussage: Am Sonntag hatte ich Dienst, als ich ein mir unbekannter Herr meldete, der sich auf Grund einer Visitenkarte, die auf den Namen „Fränkel“ lautete, als einen Bruder des mir bekannten Redakteurs Fränkel ausgab

und um die Erlaubnis hat, mit Ahlwardt eine Unterredung führen zu dürfen. Ich gestatte dies, meiner Pflicht gemäß überwachte ich aber das Besondere. Der Besucher führte sich bei Ahlwardt zwar nicht als direkter Mitarbeiter der „Staatsbürger-Zeitung“ ein, sagte aber, daß er zu derselben in Beziehungen stehe, sodas ich in ihm einen Gesinnungsgenossen (bei Ahlwardt erblickte) erblickte. Eine der ersten Fragen, die der Besucher an den Angeklagten richtete, war die, was derselbe thun würde, wenn er bei der Reichstagswahl durchkomme. Ahlwardt erwiderte, daß er sodann ein Entlassungsgesuch an den Staatsanwalt richten wolle. Mit Bezug auf den vorliegenden Prozeß erklärte Ahlwardt auf Befragen, daß er verziehen wolle, die Sache so hinzuziehen, daß der Monat Februar herankomme. Er könne dann von seiner Immunität als Abgeordneter Gebrauch machen. Der Zeuge hat das Gefühl gehabt, daß der Besucher den Angeklagten durch seine Fragestellung auf's Glatteis führen und ihn zu Versicherungen veranlassen wollte, die der Besucher zur Ueberraschung des Zeugen auch am folgenden Morgen im „kleinen Journal“ ausgedeutet habe.

Verteidiger: In es verboten, den Gefangenen Zigaretten oder sonstige Genussmittel zuzuführen?

Zeuge: Ganz gewiss. Ich habe mich auch so gesetzt, daß ich die Herren überwachen konnte, es ist aber doch immerhin möglich, daß das Verbot umgangen wurde.

Verteidiger: Ich will nur konstatieren, daß dem Angeklagten von dem Besucher heimlich zwei Zigaretten zugestekt worden sind, wonach dem Angeklagten sehr unwohl wurde, obgleich er ein leidenschaftlicher Raucher ist und die stärksten Zigaretten vertragen kann.

Da die vom Staatsanwalt geladenen Zeugen, die Journalisten Saling und Schlochauer noch nicht erschienen sind, soll zur Verlesung der beiden inkriminierten Broschüren geschritten werden.

Der Angeklagte macht darauf aufmerksam, daß dadurch ja diejenigen Punkte zur Verlesung gelangen müßten, in denen der Erste Staatsanwalt möglicherweise eine Gefährdung der Staatsinteressen erblicken könnte. Der Präsident erwidert, daß es Sache der Zeitungen sei, zu erweisen, was sie veröffentlichen dürfen und was nicht.

Die alsdann folgende Verlesung der beiden Broschüren dauert über 2 Stunden. Der Vortragende giebt anheim, von der Verlesung der der zweiten Broschüre angelegten eideschwurlichen Versicherungen von ehemaligen Arbeitern der Löwen'schen Fabrik abzugehen, da diese Arbeiter ja in dieser Verhandlung zeugeneidlich vernommen werden. — Der Verteidiger empfiehlt doch die Verlesung. Auch der Staatsanwalt hält die Verlesung dieser eideschwurlichen Versicherungen für empfehlenswerth. Daß in der Abfertigung der Arbeiter und Unregelmäßigkeiten vorgekommen, würde an der Hand der Ergebnisse der Voruntersuchung nachvollzogen. Um zu beurtheilen, in wie weit aber die vom Angeklagten erhobenen Vorwürfe berechtigt oder, wie nach der Voruntersuchung festzustellen scheint, weit übertrieben sind, werde es doch nöthig sein, die eideschwurlichen Versicherungen auch zu verlesen. — Die Verlesung findet infolge dessen statt.

Nach Beendigung derselben wird der Redakteur Richard Saling vom „kleinen Journal“ vernommen. Derselbe erklärt, ohne Religion, d. h. aus dem Judenthum ausgestiegen zu sein und im Auftrage des Verlegers des „kleinen Journal“ den Angeklagten in Plätzen besucht zu haben, um denselben über die Situation zu befragen, falls er zum Reichstagsmitglied gewählt werden sollte. Wichtig sei es, daß er dem Angeklagten zwei Zigaretten aus seinem eigenen Vorrath zugestekt habe, nachdem der Angeklagte ihm pantomimisch angedeutet, daß er gern rauchen möchte. Was er über sein Gespräch mit dem Angeklagten im „kleinen Journal“ mitgetheilt, entspreche durchaus der Wahrheit. — Der Verteidiger fragt, ob der Zeuge nur im Auftrage seines Chefs, oder im Auftrage eines jüdischen Aktionskomitees, an dessen Spitze Ulrich Hildesheimer und Professor Bojarus stehen, den Besuch bei Ahlwardt gemacht habe. — Der Zeuge erklärt, daß er von der Existenz eines solchen Aktionskomitees keine Kenntnis und lediglich einen Auftrag seines Chefs erhält. — Der Zeuge behauptet ferner, daß er sich unter falscher Berufung auf die „Staatsbürger-Zeitung“ eingeführt habe. Er habe vielmehr nur, als Ahlwardt ins Sprachzimmer geführt worden, gesagt: er befinde sich auf einem gemeinsamen Bekannten, den Herrn Andersen von der „Staatsbürger-Zeitung“. Dann habe gleich das Gespräch begonnen. Der Zeuge habe den Redaktor Ahlwardt zunächst gefragt, wie er sich seine Situation denke, wenn er als Reichstagsmitglied gewählt werde. Ahlwardt habe sich dann so geäußert, wie der Zeuge es in seinem Berichte wiedergegeben habe. Auf Befragen des Angeklagten, ob der Zeuge sich nicht als Mitarbeiter der „Staatsbürger-Zeitung“ ausgegeben habe, erfolgt eine entschieden verneinende Antwort, der Zeuge will sich nur auf einen gemeinsamen Bekannten, den Redakteur Andersen von der „Staatsbürger-Zeitung“ berufen haben. — Gefängnisinspektor Schmidt, der über diesen Punkt noch einmal befragt wird, behauptet, daß der Zeuge den Ausdruck „Mitarbeiter“ zwar nicht gebraucht, aber doch angedeutet habe, daß er zu der genannten Zeitung in Beziehungen stehe und zu der Partei gehöre. Der Angeklagte versichert, daß das ganze Verhalten des Zeugen darauf berechnet war, ihn in solches Vertrauen einzulassen. — Gefängnisinspektor Schmidt: Ich muß noch erwähnen, daß Redaktor Ahlwardt sich ausdrücklich das Versprechen hat geben lassen, daß nichts in die Presse kommt. Der Zeuge hat darauf gesagt: Selbstverständlich. — Zeuge: Nein, das ist nicht richtig. Der Herr Inspektor verwechselt das mit dem Gespräch, welches ich mit ihm vor dem Erscheinen Ahlwardt's gehabt habe. Da war allerdings von falschen Darstellungen der Presse über die Behandlung Ahlwardt's die Rede. — Zeuge Schmidt: Das ist richtig; nachher hat aber Herr Ahlwardt erachtet, nichts in die Presse zu bringen. — Auf Vorhalten des Präsidenten erklärt der Zeuge Saling: Ich bestreite nochmals, daß ich mir die Unterredung durch falsche Vorpiegelungen erschlichen habe. Daß Herr Ahlwardt nicht nach meinem Namen und meiner Stellung gefragt, ist nicht meine Schuld. Ich selbst hätte kein Interesse daran, darüber etwas zu sagen. — Angekl.: Es ist der Eid eines Juden — ich habe nichts mehr zu sagen. Hier wird um 1/2 Uhr die Verhandlung abgebrochen und auf Mittwoch 9 Uhr vertagt.

Die Theaterzensur in letzter Instanz. Am kommenden Donnerstag, den 1. Dezember, Mittags 1 Uhr, findet vor dem Königl. Oberverwaltungsgericht, Markgrafenstr. 47, eine öffentliche Verhandlung statt, die geeignet ist, in literarischen und Theaterkreisen ein lebhaftes Interesse hervorgerufen. Die Herren Dr. Viktor Blumenthal und Otto Fried Hartleben, vertreten durch Herrn Dr. Richard Greling, klagen gegen den Herrn v. Nitzsch, als Polizeipräsidenten von Berlin, auf Aufhebung des Aufführungsverbot's der Hartleben'schen Komödie Anna Jagert, nachdem eine vorherige Beschwerde beim Oberpräsidenten erfolglos geblieben ist. Die zu entscheidende Frage ist eine prinzipielle, da das Verbot — wie bekannt — nicht wegen äußerer Anstößigkeiten erfolgte, sondern damit gerechtfertigt wurde, daß die von der Hölle im des Stückes vertretene Philosophie des freien Menschthums nicht im Einklang stände zu den die Grundlage unserer Staats- und Gesellschaftsordnung bildenden Sitten-gefehen.

Veranstaltungen.

In einer Volksversammlung, welche am Sonntag im Bazarlokal stattfand, hielt Genosse Robert Schmidt einen eingehenden Vortrag über die Frage: Wie können wir die in diesen Wintern hochgeheigerte Arbeitslosigkeit feststellen? In

seinen Ausführungen bedauerte der Redner, daß weder Staat noch Kommune ein Interesse daran bezüchten, das Massenelend statisch festzustellen, weil es eben den herrschenden Klassen darum zu thun sei, der Frage, wie dem Elend endlich abzuhelfen werden könne, überhaupt aus dem Wege zu gehen. Wäre also von dieser Seite kein Entgegenkommen zu erwarten, so müsse sich die organisierte Arbeiterschaft eben auf eigene Füße stellen und der Bourgeoisie an der Hand des fleißig gesammelten Materials vor Augen führen, wie imhaltbar in der besten aller Welten die sozialen Zustände schon geworden sind. Die Schwärze riefte, eine wertvolle, umfassende Statistik der Arbeitslosigkeit im Berlin zustande zu bringen, sei allerdings groß, bei gemeinschaftlichem Zusammenwirken der politischen und gewerkschaftlichen Arbeitsvereinigungen würde sich aber dennoch ein brauchbares Material sammeln lassen. Man möge daher frisch ans Werk gehen, damit die Aufgabe zum Nutzen der gesammten Arbeiterschaft gelöst werde. Nachdem sich Balland, Winterich und Nautenhaus im Sinne des Referenten geäußert hatten, nahm die Versammlung mit allen gegen eine Stimme folgende Resolutionen an:

1. Die Volksversammlung erklärt sich mit der Ausnahme einer Arbeitslosen-Statistik einverstanden und verlangt, daß jeder Arbeiter seine Kraft zur Aufnahme dieser Statistik einsetzt, um ein genaues Bild der thatsächlichen Arbeitslosigkeit zu schaffen. Insbesondere werden die Arbeitsvereine ersucht, das Interesse für diese Statistik durch Besprechung in ihren Versammlungen zu wecken.

2. Die Versammlung hat mit lebhaftem Interesse die Ausführungen des Referenten, Genossen Robert Schmidt, entgegengenommen und daraus die Folgerung gezogen, daß es unbedingt nothwendig ist, die wirkliche Zahl der Arbeitslosen festzustellen, um aus dem hieeraus entstehenden Material den herrschenden Klassen klar zu machen, daß die bisherige kapitalistische Produktionsweise die Ursache der Arbeitslosigkeit bildet und daß nur die sozialistische Produktionsform im Stande ist, der Arbeitslosigkeit ein Ende zu bereiten.

Nachdem der Referent in seinem Schlusswort noch verschiedene Unklarheiten erläutert und hervorgehoben hatte, daß bei Aufnahme der Arbeitslosenstatistik ein Parteienpunkt durchaus nicht in Betracht komme, empfahl er zur Abänderung der Fragebogen, Zeitung der Statistik u. s. w. eine sechsmitglieder Kommission zu wählen. Dem entsprechend wählte man: 1. Imm für den 1. Wahlkreis, 2. Frick für den 2. Wahlkreis, Kräder für den 3. Wahlkreis, Lotbar für den 4. Wahlkreis, Gumpel für den 5. Wahlkreis, Rogge für den 6. Wahlkreis.

Wie uns berichtet wird, waren in der Versammlung nur ca. 250 Personen anwesend, trotzdem sie zu einer Zeit abgehalten wurde, wo dem Arbeiter der Besuch möglich war, nämlich Sonntag. Danach wird es kein Festhalten sein, wenn wir annehmen, daß das Interesse für die Aufnahme der Arbeitslosenstatistik nicht in dem Maße vorhanden ist, als vorausgesetzt werden muß, wenn ein brauchbares Resultat erzielt werden soll. Was wir für eine Stellung zu dem Projekt einnehmen, wissen die Leser des „Vorwärts“. So sehr der Idealismus derjenigen Genossen, welche an die Möglichkeit glauben, sozusagen aus dem Nichts heraus Statistiken so bedeutender Art schaffen zu können, während jeder Statistiker von Beruf weiß, wie schwer derartige Aufnahmen, die sich an größere Kreise der Bevölkerung richten, selbst von dem mit allen Hilfs- und Nachmitteln ausgerüsteten Staat zu schaffen sind, — so sehr dieser Idealismus und Achtung abnähigt, so würden wir andererseits es für eine unverzeihliche Verletzung unserer publizistischen Pflicht halten, wenn wir, im Bewußtsein, daß das erstrebte Ziel nicht erreicht werden wird, dem Projekt das Wort reden würden. Erst die jüngsten Tage brachten wieder einen Beweis für die Richtigkeit unserer Ansicht, die sich übrigens auf die Erfahrungen der deutschen Gewerkschaften stützt. Den organisatorisch ausgezeichnet geschulten Hamburger Arbeitern ist die Aufnahme einer ähnlichen Statistik misslungen. Was ihnen unter für den erstrebten Zweck sicherlich günstigen Verhältnissen nicht möglich war, wird in anderen Orten ebenfalls unmöglich sein. Zu halben Resultaten kann man allenfalls gelangen, aber sie streben zu den Kosten, die sich für Berlin auf viele tausende von Mark belaufen, außer allem Verhältniß, denn halbe Resultate nützen der Sache der Arbeitslosen nichts, sondern schaden ihr unferes Erachtens nur, weil die Bourgeoisie und der in ihrem Interesse arbeitende Staat das halbe Resultat zum Beweis dafür erklären werden, daß die Arbeitslosigkeit nicht so groß ist, wie die Arbeiterschaft behauptet und demgemäß die von dieser geforderten Hilfsmaßregeln unbegründet seien. (Debatte des „Vorwärts“)

Für Friedrichshagen und Umgebung war zum Sonntag eine Volksversammlung vom dortigen Vertrauensmann einberufen worden, die zum Zweck die Berichterstattung über den Parteitag hatte. Leider war sie so schwach besucht, daß sich die Anwesenden erst darüber schlüssig werden mußten, ob sie überhaupt tagen solle. Man entschied sich hierfür. Der Delegirte Weinart, Weisenbe erriethete den Bericht. In überraschender Weise gab er ein Bild von den Verhandlungen des diesjährigen deutschen Arbeiterparlament's, sowie eine Uebersicht über die Beschlüsse, welche erstere zeitigten. Er erklärte, mit dem Resultat des Kongresses zufrieden zu sein, bis auf den Beschluß, welcher die Gründung eines wöchentlichen Generalsorgans vorschlug. Die Debatte drehte sich u. a. auch um den Programmpunkt „Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit“. Nach dem Genosse Weinart in seinem Schlusswort für politische und gewerkschaftliche Organisation eingetreten war, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden. Die Genossen von Friedrichshagen verpflichten sich, dafür zu sorgen, daß die Partei und ihre Aufgabe, die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Kapitalismus in jeder Weise gefördert werde.“ Der Vertrauensmann, Oskar Schulz, berichtete nun über seine Thätigkeit und gab die Abrechnung für die Zeit vom 26. Juni bis jetzt bekannt. An Einnahmen konnte er, infolge einer Ueberweisung vom früheren Vertrauensmann und des Ueberflusses von der Kassafestier 518,45 M. aufweisen. Die Ausgaben betrugen 83,80 M., mithin blieben 434,65 M., welche im wesentlichen zur Unterstützung des „Volksblattes“ verwendet wurden. Redner bedauerte, daß dies Blatt von den Genossen geradezu vernachlässigt werde. Nachdem dem Genossen Schulz Decharge erteilt worden war, wählte die Versammlung ihn einstimmig zum Vertrauensmann wieder. Zu Revisoren ernannte die Versammlung die Genossen B. Lange, G. a. n. y e l und F r i e d r i c h s c h u l z. Nach der sodann vom Genossen D o r f e n h a g e n vorgelesenen Abrechnung von der Kassafestier ergab diese einen Ueberfluß von 288 M. Dem Festkomitee wurde ebenfalls Decharge erteilt. Im Besonderen trat ein Genosse für den Friedrichshäger Bildungsverein und speziell für dessen Besuche ein. Hier Unken, so führte der Redner aus, Agitatoren aus den Reihen der Genossen des Orts herangebildet werden. Dem Mangel an agitatorischen Kräften werde damit gesteuert. Die Versammlung schloß mit einem Hode auf die internationale völkervereinende Sozialdemokratie.

Socialdemokratischer Aktionsverein für die Kreise Wittenberg, Scherwinzig, Koryan und Galsamroda. Am Mittwoch, Abends 9 Uhr, Versammlung bei Schmidt, Neuzentrum 14.

Veränderung und Herbeiführung von Wittenberg. Sonntag, den 26. November, Abends 8 Uhr, im Kaiserhof, Neuzentrum 14 bei Kollig, Bismarckstr. 14/15.

Landmannschaft des Schleswig-Holsteiner in Berlin. Mittwoch, den 20. November, Abends 8 Uhr, Versammlung bei Sandmann mit einem in den Armin-Palast, Kommandantenstr. 20, Tagesordnung: Vorlesung.

Verein ehemaliger Schüler der 50. Gemeinschaftsschule. Sitzung am Mittwoch, den 20. d. M., Abends 6 Uhr, im Restaurant Wills, Nollmanstr. 11/12, Berlin.

Conferenzen und Kommittees. **Wittmann, Goldmannstr. 11.** Mittwoch, den 20. November, Abends 8 Uhr, im Restaurant Wills, Nollmanstr. 11/12, Berlin. **Arbeiterbildungsschule.** Mittwoch, Abends 7-10 Uhr, **Schulz, Schulz, Bismarckstr. 123.** Unterricht in Deutsch (oberes), Bogit, Redenen (unteres). **Dr. Schulz, Bismarckstr. 123.** Unterricht in Deutsch (mittleres),

Nord-Schule, Bismarckstr. 123. Unterricht in Deutsch (mittleres), Hochdeutsch und mathematische Geographie. In alle Lehrbücher können nach Schluß der Vorlesung, auch im Laufe des Semesters, eintreten. **Grüne- und Bismarckstr. 123.** Unterricht in Deutsch. **Abends 7-9 Uhr, bei Klein, Bismarckstr. 123.** **Lehrer J. Jacobs, bei Klein, Bismarckstr. 123.** **Lehrer J. Jacobs, bei Klein, Bismarckstr. 123.** **Lehrer J. Jacobs, bei Klein, Bismarckstr. 123.**

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlin und Umgebung. (Zuschriften sind zu richten an G. Schuber, Nollmanstr. 23, 2 Treppen.) **Abends 7-9 Uhr, bei Klein, Bismarckstr. 123.** **Abends 7-9 Uhr, bei Klein, Bismarckstr. 123.**

Abends 7-9 Uhr, bei Klein, Bismarckstr. 123. **Abends 7-9 Uhr, bei Klein, Bismarckstr. 123.** **Abends 7-9 Uhr, bei Klein, Bismarckstr. 123.** **Abends 7-9 Uhr, bei Klein, Bismarckstr. 123.** **Abends 7-9 Uhr, bei Klein, Bismarckstr. 123.** **Abends 7-9 Uhr, bei Klein, Bismarckstr. 123.**

Abends 7-9 Uhr, bei Klein, Bismarckstr. 123. **Abends 7-9 Uhr, bei Klein, Bismarckstr. 123.** **Abends 7-9 Uhr, bei Klein, Bismarckstr. 123.** **Abends 7-9 Uhr, bei Klein, Bismarckstr. 123.** **Abends 7-9 Uhr, bei Klein, Bismarckstr. 123.** **Abends 7-9 Uhr, bei Klein, Bismarckstr. 123.**

Abends 7-9 Uhr, bei Klein, Bismarckstr. 123. **Abends 7-9 Uhr, bei Klein, Bismarckstr. 123.** **Abends 7-9 Uhr, bei Klein, Bismarckstr. 123.** **Abends 7-9 Uhr, bei Klein, Bismarckstr. 123.** **Abends 7-9 Uhr, bei Klein, Bismarckstr. 123.** **Abends 7-9 Uhr, bei Klein, Bismarckstr. 123.**

Vermischtes.

Kasse a. S., 25. November. Einer Offizier vom 108. Magdeburgischen Füsilier-Regiment Nr. 96, Geförde-Lieutenant von Heisenberg, der unlängst wegen Unzucht mit einem Anaben verhaftet wurde, ist bereits kriegsgerichtlich abgerichtet worden. Das noch der Festsetzung durch den Kaiser unterliegende Urtheil lautet auf 1/2 Jahre Gefängnis und Ausschließung aus dem Heere.

See-Unfälle. Kopenhagen, 29. November. Das russische Schiff „Samuel“, von Riga nach Danzig bestimmt, ist an der Südspitze von Amager gestrandet und voll Wasser gelaufen. Die Besatzung mußte sich in das Schiffsboot flüchten und wurde dann von einem Sanbschiff aufgenommen und hierher gebracht. Gleichzeitig wurde die Verankerung des bei dem in Drogden gesunkenen Dampfers „Thorsford“ verlegten Warnungsschiffes gesprengt und dies Schiff bei Dragør auf den Strand geworfen.

Entschädigungen. New-York, 21. November. Eine Frau Adela Wernet, welche im Sommer als Pflegerin der Choleraerkranken in der Quarantäneabtheilung auf Swanborne Island thätig gewesen ist, macht dem „erald“ zufolge in einer Klage gegen den Chef des Gesundheitsamtes, Jenkins, wegen Zahlung ihres Salairs erheuchliche Entschädigungen über das Treiben an der Station. Pfleger und Pflegerinnen, Wärter und Wärterinnen, so behauptet sie, hätten Rauchs getrunken und gespielt und die Patienten vernachlässigt. In der Wensung begriffenen Personen hätten Meider von Patienten, die gestorben und herbeigt waren, anzusehen müssen und die Kranken hätten die Meider, Weine und Nahrungsmittel, welche ihnen von Fremden zugefandt wurden, nicht erhalten.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Berlin, 29. November. Der stellvertretende verantwortliche Redakteur der „Kölnischen Zeitung“, van Loof, wurde heute von der Strafkammer auf die Klage des Paters Aurelian wegen Abdrucks des Protokolls über die Wendinger Tafelbesprechung zu 50 Mark Geldstrafe verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte eine Geldstrafe von 1000 Mark beantragt. In der Begründung wird, wie die „Kölnische Zeitung“ mittheilt, gesagt, daß objektive Nachdruck vorliege, daß der Angeklagte nicht im Sinne des Gesetzes über das Urheberrecht in gutem Glauben gehandelt, daß er aber das Bewußtsein haben konnte, eine Kulturaufragabe zu erfüllen.

Paris, 29. Nov. Präsident Carnot hatte heute Vormittag eine Unterredung mit Doubet und wird im Laufe des Abends die Präsidenten des Senats und der Deputiertenkammer Leroyer und Franquet empfangen. Brisson wurde aufgefordert, sich nachmittags 4 Uhr nach dem Elyse zu begeben. In den Verhandlungen der Deputiertenkammer scheint man der Ansicht zu sein, daß Brisson schließlich den Auftrag, ein Kabinet zu bilden, annehmen werde. — Charles Vessier, Cottu und Marius Fontanes, welche für heute vor die Panama-Untersuchungskommission geladen waren, richteten alle drei ein Schreiben an die Kommission, in welchem sie erklären, daß sie der Vorladung nicht Folge leisten könnten. Der General-Staatsanwalt hat es abgelehnt, der Untersuchungskommission das Material in der Panama-Untersuchung mitzutheilen, weil eine solche Mittheilung den gerichtlichen Vorschriften widersprechen würde.

Briefkasten der Redaktion.

Alter Abonnent 1000. Sie müssen den Fragebogen bezüglich der Gewerbesteuer vollständig ausfüllen und einlefen; sonst machen Sie sich strafbar.

C. N. 19. Wenn der von dem anderen Theile zum Säbnertermine geladene Ehegatte in diesem Termine nicht erscheint, so gilt die Eöhne als vergeblich versucht. Weitere nachtheilige Folgen entstehen für den Angebliebenen nicht.

H. N. Wer die Invaliditätsbeiträge irrthümlich gezahlt hat, ohne dazu verpflichtet zu sein, kann deren Rückzahlung von der Versicherungsanstalt, zu deren Bezirk er zur Zeit der Zahlung gehörte, zurückverlangen.

W. N. 45. Auf Grund des mitgetheilten Reverses der Aboptivater die Zahlung von 1000 Mark verlangen muß bei der Großjährigkeit des Kindes 500 Mark zurückka braucht dieselben aber in der Fröhenzeit nicht zu deponiren

Verlag des „Vorwärts“
Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstrasse No. 2.

Ferdinand Lassalle's Reden und Schriften

Neue Gesamtausgabe.

Herausgegeben im Auftrage des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands von Ed. Bernstein.

Vollständig in 3 Bänden.

Erscheint in 47-50 (144) Lieferungen à M. —,20
Bereits erschienen:

Band I.: in Leinen gebunden M. 3,—
— in Halbfrz. gebunden (Liebhabereinband) M. 4,—
Band II.: in Leinen gebunden M. 4,50
— in Halbfrz. gebunden (Liebhabereinband) M. 5,50
Einbanddecken in braunem Leinen: für Bd. I. und II. à M. 0,50
— in Halbfrz. (Liebhabereinb.) für Bd. I. u. II. à M. 1,20

Der Herausgeber schickt dem Werke eine interessante kritisch-biographische Einleitung voraus: „Lassalle und seine Bedeutung für die Sozialdemokratie“, die auch eine Fülle neuer Quellenmaterialien enthält. In Form von Vorbemerkungen oder kritischen Randnoten zu den einzelnen Broschüren präzisiert der Herausgeber den heutigen prinzipiellen Standpunkt der Partei, wo dieser verändert ist, oder erleichtert das historische und politische Verständnis der Materie. Die einzelnen Broschüren folgen nicht in chronologischer Reihenfolge, sondern nach ihrer inneren Zusammengehörigkeit geordnet. Zur Beurteilung der geschichtlichen Entwicklung und des Wesens der deutschen Sozialdemokratie ist diese Gesamtausgabe unentbehrlich. Im Anschluß an die Ausgabe wird der Briefwechsel zwischen Lassalle und Marx-Engels folgen. Der erste Band ist mit einem Stahlstichportrait Lassalle's geschmückt.

Einzelausgaben:

Meine Afschwore, gehalten vor den Geschworenen zu Düsseldorf am 3. Mai 1849 gegen die Anklage, die Bürger zur Bewaffnung gegen die königliche Gewalt aufgereizt zu haben M. —,40

Fichte's politisches Vermächtnis und die neueste Gegenwart. Ein Brief. M. —,15

Gottfried Eppstein Festschrift vom kulturhistorischen Standpunkt. M. —,15

Die Philosophie Fichte's und die Bedeutung des deutschen Volksgeistes. Festschrift gehalten bei der am 19. Mai 1882 von der Philosophischen Gesellschaft und dem Wissenschaftlichen Kunstverein veranstalteten Festsitzung. M. —,15

Ueber Verfassungswesen. Ein Vortrag, gehalten in einem Berliner Bezirksverein. — Was nun? Zweiter Vortrag über Verfassungswesen. — Macht und Recht. Ein offenes Schreiben Ferd. Lassalle's. M. —,35

Arbeiterprogramm. Ueber den Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterbundes. M. —,15

Die Wissenschaft und die Arbeiter. Eine Verteidigungsrede vor dem Berliner Kriminalgericht gegen die Anklage: Die beschlossenen Klassen zum Haß und zur Verachtung gegen die Besitzenden öffentlich angereizt zu haben. M. —,30

Offenes Antwortschreiben an das Centralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig. 5. Aufl. M. —,10
Mit diesem Schreiben eröffnete Lassalle die Agitation zur Gründung einer selbständigen Arbeiterpartei.

Zur Arbeiterfrage. Rede bei der am 16. April 1883 in Leipzig abgehaltenen Arbeiterversammlung. Nebst Briefen Prof. Wuttke's und Volhar Bucher's. M. —,10

Arbeiterleben. Rede Lassalle's zu Frankfurt a. M. am 17. und 19. Mai 1883. Nach dem stenographischen Berichte. M. —,25

kleine Aufsätze: Die französischen Nationalverfassungen von 1848. Antwort an Herrn Professor Nau. Lassalle und die Statistik von Wackernagel. Herr Wackernagel oder der moderne Heroskopus. Erwiderung auf eine Rezension der „Neuen Zeitung“. M. —,15

Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag. Drei Symptome des öffentlichen Geistes. Eine Rede, gehalten in den Versammlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins zu Wismar, Solingen und Düsseldorf. M. —,25

Rede vor der korrekturellen Appellkammer zu Düsseldorf am 27. Juni 1864. Verteidigungsrede gegen die Anklage, verschiedene Klassen der Bevölkerung zum Haß und zur Verachtung öffentlich aufgereizt zu haben. M. —,10

Herr Julian Schmidt, der Literaturhistoriker mit Scherzschellen. M. —,75
Die Anmerkungen des „Scherzweibes“ in dieser literarischen Hinrichtung des bürgerlichen Mode-Literaten entnommen bekanntlich aus der Feder der späteren „Ezzellens“ Volhar Bucher!

Frau von Sickingen. Eine historische Tragödie. 2. Aufl. M. 2,—

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Alle Buchhandlungen, Kolportage und Zeitungspediteure nehmen Bestellungen entgegen.
Bei Bestellungen von Außerhalb erfuchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages (Porto extra).

Achtung!
Arbeitgeber-Gewerbegerichtswahlen!
Große öffentl. Versammlung von Arbeitgebern aller Berufe
am Mittwoch, den 30. November, Abends 8 Uhr,
im Restaurant Soltz (früh. Feuerstein), Alte Jakobstr. 75.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Gehler über: „Die Gewerbegerichte“. 2. Diskussion und Beschlußfassung über die Aufstellung geeigneter Kandidaten. 3. Verschiedenes. — Am recht zahlreichen Erscheinen eruchtet
Der Einberufer.

Ethische Gesellschaft.
Mittwoch, den 30. d. M., Ab. 8 Uhr, bei Seefeldt, Grenadierstr. 33:
Ausserordentliche Generalversammlung.
Um pünktliches Erscheinen bittet
Der Vorstand.
Mitgliedskarte legitimiert. 140/11

Falkenstein-Clubhaus „Süd-Ost“ Falkenstein-Clubhaus
Straßen 41. Geöffnet bis 12 Uhr Nachts. Straßen 41. 3094L
Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal u. C. Trittelwitz.
2 Vereinszimmer mit Piano. Fr. Billard. 2 Winter-Regelbahnen.
Warme und kalte Speisen zu jeder Tageszeit zu soliden Preisen.

Carl Scholz, Brangelstraße 32,
empfiehlt den Genossen als passendes **Weihnachtsgeschenk** Lassalle, Marx in sauberster Ausführung zu soliden Preisen. Ferner: Sozialistische Sinnprüche, auch zum Selbststicken, Büssen von Lassalle und Marx, sozialdemokratische Gratulationskarten, Cabinet- und Visiten-Bilder in großer Auswahl. Noch auswärts brieflich gegen Nachnahme. 3337L

Erstes und ältestes
Herren-Garderoben-Geschäft
des Ostens von
Julius Lindenbaum,
Gr. Frankfurterstr. 139,
empfiehlt sich seinen werthen Kunden und Bekannten zum Einkauf von eleganten Herren-Garderoben. Täglicher Eingang von Neuheiten.
Spezialität:
Anfertigung nach Maß.
Zuschneider im Hause.
Geschäftsprinzip:
Strenge Reellität.
Julius Lindenbaum,
Gr. Frankfurterstr. 139.
Landsägerrei- und Herbschneider-Arbeit. 3406
angenehme und nützliche Beschäftigung für Jung und Alt. Katalog mit über 150 Abbildungen über sämtl. Werkzeuge, Laubsäge-Masch., Materialien, Vorlagen u. gratis und franko.
J. Brendel, Marsdorf (Pfalz).

Pelzwaaren.
Einzelverkauf zu Engros-Preisen direkt in d. Werkstatt
Stalshäuserstr. 50/51, u. 1 Tr., Ecke Alexanderstr. 3426

Landwolle,
reine Schaaowolle, garantiert nicht oylanlaufend, sehr empfehlenswert gegen Schweißflecken. Schod 25 Pf. 3084L
Alleinverkauft Wrangelstr. 119 und Falkenstr. 8.

Richard Stock.
Strümpfe jeder Art werden angestrikt.

Hans Baake,
City-Passage, Dresdenstr. 52/53.
Arbeiter-Buchhandlung.
Ich empfehle als **Weihnachtsgeschenke** folgende neu erschienene Sachen: „Spiegel auf Reisen“. Ein neues Gesellschaftsspiel für Jung und Alt. Preis 75 Pf. Einzelreklame nach Auswärts gegen 85 Pf. **Ware- und Lassalle-Reliefs** in Eisenblech-Imitation. Preis je 1 Mt. Nach Auswärts gegen Einsendung von 1,20 Mt. **Zeitungsmappen** in Seiden-Plüsch mit Marx- und Lassalle-Reliefs (sehr elegant). Preis 5 Mt. Bei Bezug von Parthien Rabatt.

Musik.
Größtes Lager. 11:30
Blas-, Streich- und Schlaginstrumente.
Spieldosen u. Drehen u. selbstspielend
Aug. Kessler, 51, Lausitzerstr. 51.

Elegante Herren-Anzüge, Paletots,
sowie Damenkleider nur nach Maass, billigst, auch gegen Theilzahlung. 3331L
Oranienstr. 126, 1.

Allen Freunden und Parteigenossen empfehle mein Schuhwaaren-Lager. Gute, solide Arbeit, mäßige Preise.
H. Müller, 80., Schlesischestr. 3.

Achtung! Kein Laden.
Nur eigene Fabrikation, 25 Cigarren 1 Mt. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pf. 1785L
H. F. Fincklage,
Rottbuserstr. 4, Hof part.

Allen Freunden und Parteigenossen empfehle mein Zeitungspolier-Redakteur
Rednerische Befähigung sehr erwünscht. Gehaltsansprüche mitzubringen. Offert. an „Sächs. Arb.-Ztg.“ Dresden.

Bestener Gesangverein sucht einen tüchtigen Dirigenten, welcher von seiner Stell. nicht abhängig. Adr. an Krüger, Grämerweg 20. 339L

Achtung!
Arbeitgeber-Gewerbegerichtswahlen!
Große öffentl. Versammlung von Arbeitgebern aller Berufe
am Mittwoch, den 30. November, Abends 8 Uhr,
im Restaurant Soltz (früh. Feuerstein), Alte Jakobstr. 75.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Gehler über: „Die Gewerbegerichte“. 2. Diskussion und Beschlußfassung über die Aufstellung geeigneter Kandidaten. 3. Verschiedenes. — Am recht zahlreichen Erscheinen eruchtet
Der Einberufer.

Ethische Gesellschaft.
Mittwoch, den 30. d. M., Ab. 8 Uhr, bei Seefeldt, Grenadierstr. 33:
Ausserordentliche Generalversammlung.
Um pünktliches Erscheinen bittet
Der Vorstand.
Mitgliedskarte legitimiert. 140/11

Falkenstein-Clubhaus „Süd-Ost“ Falkenstein-Clubhaus
Straßen 41. Geöffnet bis 12 Uhr Nachts. Straßen 41. 3094L
Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal u. C. Trittelwitz.
2 Vereinszimmer mit Piano. Fr. Billard. 2 Winter-Regelbahnen.
Warme und kalte Speisen zu jeder Tageszeit zu soliden Preisen.

Carl Scholz, Brangelstraße 32,
empfiehlt den Genossen als passendes **Weihnachtsgeschenk** Lassalle, Marx in sauberster Ausführung zu soliden Preisen. Ferner: Sozialistische Sinnprüche, auch zum Selbststicken, Büssen von Lassalle und Marx, sozialdemokratische Gratulationskarten, Cabinet- und Visiten-Bilder in großer Auswahl. Noch auswärts brieflich gegen Nachnahme. 3337L

Weiss- u. Bairisch-Bierhaus. 33382
Große Vereinszimmer bis 60 Pers. fassend, mehrere Tage in der Woche frei.
G. Tempel, Langestr. 63.

Jeden Mittwoch 3338
frische Grützwurst.
C. Laeske, Schlächterstr. Oranienstr. 2a.

Sprechstunde Montag und Donnerstag 1-2
Gratis
Naturheilbad Reform, Desauerstr. 31.

Musik. Empfehle den Genossen meine selbstverfertigten **Zugharmonika** in nur guter und hochweiner Ausführung zu billigen Fabrikpreisen. 31902
Ad. Franke, Unterschensberg (Vogelau),
Für Berlin Muster bei C. Sparsfeld, Eisenbahnstr. 38, Hof 1 Tr.

66. Resterhandlung. 66.
Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 Mt. Große Anzüge von 7 Mt. an bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Wintermänteln, Jackets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt und Spitzen. 2754L
Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge
66. Karle, Waldemarstrasse 66.

Al. gangb. Bäckerei-Niederlage zu verl. f. 400 Mt. 3 Mt. tägl. Verdienst. Genossenschaftsbrot-Niederlage Gerichtsstraße 75. 33382

Meyer's Lexikon suche zu kaufen. **Hannemann,**
Kochstr. 56.

Schlosserei 8 Jahre bestehend, mit u. ohne Werkzeug, übernehmen. Arbeit, Rundschaft. Reichensbergerstr. 10. 6532

Sopha zu verl. Admiralstr. 8, 2 Tr.

Photographisches Atelier,
Holzmarktstr. 71,
hält sich bestens empfohlen und bittet, Weihnachttaufträge rechtzeitig ausgeben zu wollen. 33122

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins
Zandrossstr. 23, 3. P.
Schlaff. a. Herr. Wv. Pies, Südbenerstr. 7 u. 4 Tr. 3096
Möbl. Schlafstelle Adalbertstr. 84 b. Gef. 4 Tr. 3706
Frdl. sep. Schlaff. 2 Herren, 6,50 Mt. Manteuffelstr. 102 I r. 6432

Ein fr. 2fenstr. möbl. Zimmer b. zu verm. bei Kalisch, Manteuffelstr. 64, u. 3 Tr. links. 3356
Genosse findet gute Schlafstelle Sepelstr. 9, Hof links 2 Tr. 3306

Arbeitsmarkt.
Gesucht zum 1. Januar für täglich ersch. Parteiblatt ein zweiter politischer **Redakteur**
Rednerische Befähigung sehr erwünscht. Gehaltsansprüche mitzubringen. Offert. an „Sächs. Arb.-Ztg.“ Dresden.
Bestener Gesangverein sucht einen tüchtigen Dirigenten, welcher von seiner Stell. nicht abhängig. Adr. an Krüger, Grämerweg 20. 339L

Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 27. d. M., Nachmittags 6 1/4 Uhr, verschied sanft nach längerem schweren Leiden unser unvergeßlicher Vater, Schriegerwatter und Großvater der Rentant
Albert Spannagel
in seinem 67. Lebensjahre.
Berlin, den 29. November 1892.
Die tiefbetrübt Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. Dezember, Nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Sophien-Kirchhofes, Bergstraße, aus statt. 33446

Am 27. November, Abends 6 1/4 Uhr, starb unser langjähriger Rentant Herr **Albert Spannagel** im 67. Lebensjahre. Trotz seiner langjährigen Krankheit war er seinen Beamten gegenüber stets ein lieber, guter und gerechter Vorgesetzter, der stets auf das Wohlsein seiner Untergebenen bedacht war.
Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten. 3326
Das Beamtenspersonal der Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verm. Berufsgenossen zu Berlin.

Am 27. November, Nachm. 6 1/4 Uhr, starb der langjährige Rentant unserer Kasse, Herr **Albert Spannagel**. Seine unermüdbare Thätigkeit, verbunden mit durchaus rechtschaffenem und gewissenhaftem Charakter, sichern ihm bei und ein dauerndes Andenken.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. Dezember cr., Nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Sophien-Kirchhofes in der Bergstraße aus statt. 3316
Der Vorstand der Sterbekasse der Maschinenbau-Arbeiter und verm. Berufsgenossen zu Berlin.

Am Sonntag, den 27. November cr., Abends 6 1/4 Uhr, verschied unser Rentant, Herr **Albert Spannagel**, im Alter von 67 Jahren.
In seiner 25jährigen Thätigkeit in unserer Orts-Krankenkasse hat er sich unseres Vertrauens würdig gezeigt und sichern ihm seine der Kasse geleisteten Dienste ein bleibendes Andenken.
Der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verm. Berufsgenossen zu Berlin.
C. Thiem, S. Steinfeldt.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. Dezember, Nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Sophien-Kirchhofes in der Bergstraße aus statt.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Parteigenossen die traurige Nachricht, daß am 23. d. Mt., Herr **Rudolf Tronz** nach langen schweren Leiden in Arco sanft verschied. Friede seiner Seele!
Um stille Theilnahme bitten [336]
Die tiefbetrübt Hinterbliebenen.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann, der Former
Julius Köpke
am 27. November verstorben ist.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 1. Dezember, Nachmittags 6 1/4 Uhr, von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Anna Köpke nebst Kindern.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann
August Klotz
am 27. d. M., Vormittags 11 1/2 Uhr, verstorben ist. Die Beerdigung findet heute Nachmittag 3 Uhr vom Sophien-Kirchhof, Bergstraße, aus statt.
Die tiefbetrübt Hinterbliebenen.

Achtung!
6. Wahlkreis!
Diejenigen Genossen, welche mit ihren Delegirten-Listen noch rückständig sind, werden ersucht, schnellstens abzurechnen.
Die Kommission.
Die Beleidigung, die ich gegen Herrn Franz Berner, Mühlentstraße 8, ausgesprochen habe, nehme ich hiermit zurück und erkläre denselben für einen Ehrenmann.
Emil Eichler,
3446
Görzingerstraße Nr. 65.

Die von mir gegen Herrn Ciang ausgesprochene Beleidigung nehme ich hiermit zurück.
Frau Cimm.
Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir zu repariren (außer Bruch) **1,50 Mk.**
Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, u. d. Oranienplatz
Zigarrenspitzen- u. Pfeifenfabrik
Leopold Kastan, Berlin N.,
en gros. Lothringersstr. 100, Verandt.

Gottfried Schulz
Admiralstraße 40a (Ecke Rottbuser Thor)
empfehlen sein
Cigarren- u. Taback-Geschäft.
Meerscham-, Bernstein- und Eibenbein-Waaren.
Spezialität: Porträts bewährter sozialistischer Führer (Lassalle, v. u. A.) in Zigarrenspitzen, Pfeifenköpfen, Schlipshaken, Schellenköpfen, Stöcken, Broschen, Gürteln. En gros. En détail.
S. Günzel, 101, Lothringersstr. 53, am Rosenthaler Thor.